Einzelnummer 10 Pfennig
Bei Zeitungshändlern und in allen Kiosken erhältlich

Arbeiterstimme

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Ostsachsen

Beilagen: Der rote Stern / Der kommunistische Genossenschafter / Wirtschaftliche Rundschau / Kunst und Wissen / Für unsere Frauen / Die Energie

Bezugspreis monatl. frei Haus 2,50 M. (halbmonatl. 1,25 M.), durch die Post bezogen monatl. 2,20 M. (ohne Zustellungsgebühr) / Verlag: Dresdner Verlagsgesellschaft m. b. H., Dresden-A. / Geschäftsstelle u. Expedition: Güterbahnhofstr. 2 / Fernsprecher: 17259 / Postscheckkonto: Dresden Nr. 18690, Dresdner Verlagsgesellschaft / Schriftleitung: Dresden-A., Güterbahnhofstr. 2 / Fernspr. Amt Dresden Nr. 17259 / Drahtanschrift: Arbeiterstimme Dresden / Sprechstunden der Redaktion: Wochentags 4—6 Uhr (außer Dienstag u. Donnerstag)

Anzeigenpreis: Die neunmal gespaltene Nonpareillezeile oder deren Raum 0,35 RM., für Familienanzeigen 0,20 RM. für die Reklamezeile anschließend an den dreispaltigen Teil einer Textzeile 1,50 RM. Anzeigen-Annahme wochentags bis 9 Uhr vormittags in der Expedition Dresden-A., Güterbahnhofstraße 2 / Die „Arbeiterstimme" erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen / In Fällen höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Zurückzahlung des Bezugspreises

4. Jahrgang — Dresden, Mittwoch den 23. Mai 1928 — Nummer 119

Neue Todesopfer des Giftgases

Bisher 11 Tote, weitere Opfer in Lebensgefahr / Vertuschungsmanöver / Sozialdemokratische Rußlandhetze
Französische Hilfe für die Giftgasfabrikanten / Zusammenstoß im Braun-Prozeß / Ein Verteidiger ausgeschaltet

Zwanzigfache Giftmenge am Platze

Hamburg, 23. Mai. (Eigene Drahtmeldung.)

Die Zahl der Todesopfer hat sich auf elf erhöht. Bis heute sind 219 Kranke im Harburger St.-Georgen-Krankenhaus, darunter 3 Schupo, die ohne Gasmasken eingesetzt wurden, untergebracht. Die bürgerliche Presse spricht von der Möglichkeit neuer Todesopfer. In Harburg und Wilhelmshöhe bemächtigt sich der Arbeiter eine ungeheure Erregung. Die Partei hat in den von der Katastrophe betroffenen Gebieten zu Donnerstag zu 3 Massenprotestkundgebungen aufgerufen und sich an folgende Organisationen gewandt: Sportkartell, Roter Frontkämpferbund, Rote Hilfe, Internationale Arbeiterhilfe, Freidenker, Internationale Gesellschaft für Frieden und Freiheit, Friedenskartell, Deutsche Friedensgesellschaft. Die SPD versucht mit dem Hinweis auf Giftlieferungen an Sowjetrußland abzulenken. Von der Schuld des Koalitionssenats, der trotz der Gefährlichkeit der Gase diese in Arbeitervierteln lagern ließ. Im Hamburger Fremdenblatt wird eine Erklärung der Direktion veröffentlicht, daß alles vorschriftsmäßig gelagert sei. Die Fraktion der KPD möchte heute in der Bürgerschaft einen Vorstoß für ausreichende Versorgung der Hinterbliebenen und Verletzten, Ueberführung von Kranken in Sanatorien auf Kosten des Staates.

Nach einer Mitteilung des 8-Uhr-Abendblattes lagerte auf dem Platze, an dem die Katastrophe stattfand, noch Giftgas in der 20fachen Menge des undicht gewordenen Behälters. Ein bloßes Ausströmen des Gases allein aus diesem Behälter hätte schon den größten Teil der Stadt ernsthaft gefährden können. Wäre aber das Unglück noch größer geworden, so stand die Gefahr der Vernichtung der Einwohnerschaft von ganz Hamburg. Man muß dabei bedenken, daß dieses Phosgen absolut unbemerkbar ist und erst dann bemerkt wird, wenn die Vergiftung schon eingetritt. Weiter ist dies Gas von einer ungeheuerlichen Gefährlichkeit. Schon ein Atemzug genügt, um den Tod herbeizuführen. Selbst in einer Verdünnung von 1:100 000 wirkt dieses Gas noch tödlich. Daraus ergibt sich die große Zahl der Opfer. Damit ergibt sich aber auch, wie große Strecken durch dieses Gas vergiftet werden können.

Natürlich versuchen jetzt die Giftgasproduzenten von der Verantwortung abzulenken. Alle Behörden und Kapitalisten versuchen eine Vertuschung der Vorgänge durchzuführen. Am gehässigsten und skrupellosesten führt die SPD die Vertuschungsmanöver für die Imperialisten.

Der heutige Abend-Vorwärts setzt seine gestrige verächtliche Taktik fort und benützt die Giftgas-Katastrophe in Hamburg zu einer neuen unverschämten Sowjethetze, obwohl die Sozialdemokratie durch den kommunistischen Wahlerfolg, zu dem Hunderttausende von ehemaligen sozialdemokratischen Arbeitern beigetragen haben, erst eine unzweideutige Quittung für die bisherige Sowjethetze bekommen hat. Die Fortsetzung der Bolschewistenhetze durch die SPD-Führer und ihr Zentralorgan dient im Moment vor allen Dingen dazu, die Arbeitermassen, die diesmal der SPD noch ihr Vertrauen schenkten, von dem bereits begonnenen Ausverkauf der SPD-Führer um die Bildung der Großen Koalition im Reiche und auch in Preußen abzulenken. Der Abend-Vorwärts glaubt seine erbärmliche Hetze, indem er von der Harburger Giftstoffirma, auf deren Gelände das Unglück geschah, als von einem „Moskau-Lieferant Stolzenberg" berichtet, und einige durch die kommunistische preußische Landtagsfraktion schon 1926 widerlegte und als Fälschungen gebrandmarkte Dokumente veröffentlicht, wirkungsvoller zu gestalten. Der Vorwärts ist dummdreist genug und spekuliert dabei auf die Vergeßlichkeit der Arbeiterschaft am Schluß seiner Ausführungen zu schreiben:

„... Die einzige Partei, die den Giftgasgebrauch im Inland wie im Ausland gleichermaßen bekämpft, ist die Sozialdemokratie, während die Kommunisten für eigene Zwecke sich dieses barbarischen Kampfmittels gern bedienen und es sogar aus der Hand deutscher Militaristen und Nationalisten entgegennehmen."

Das schreibt der Vorwärts der Severing und Noske, die mit Granaten, Maschinengewehren, Flammenwerfern und Giftgasen in den Spartakuskämpfen 1918, im mitteldeutschen Aufstand und im Kapp-Putsch, gegen die Rote Armee im Ruhrgebiet, Tausende von Arbeitern hinmordeten, und die bestialischen Schandtaten an ihnen verübten. Das wagt jener Vorwärts zu schreiben, dessen Gesinnungsgenosse Paul Boncour in Frankreich verantwortlich für das letzte Militarisierungsgesetz der französischen Arbeiterschaft ist und dessen englischer Gesinnungsgenosse Mac Donald als Ministerpräsident mit Bombengeschwadern, Kanonen und Giftgasen gegen die eingeborene Bevölkerung in den englischen Kolonien und in China wütete. Die deutschen Arbeiter werden über die neue schändliche Bolschewistenhetze des Zentralorgans der sozialdemokratischen Führerschaft mit Verachtung hinweggehen.

Die Firma Stolzenberg erklärt, daß sie die Gase für industrielle Zwecke nach Amerika und Böhmen hergestellt habe. Gestern hieß es noch, es seien Bestände aus dem Weltkrieg. Um einen Schwindel war man gestern nicht verlegen. Die Meldungen gehen hin und her. Gestern wurde gemeldet, daß die IG-Farbenindustrie die Gase geliefert habe.

Heute schreibt die IG-Farben, daß sie mit der Firma Stolzenberg nichts zu tun habe. Dafür schreibt heute der Leiter des französischen Gaskriegs, Prof. Mauren, daß Phosgen für industrielle Zwecke nicht gebraucht werde, es sei nicht zu sagen, daß Deutschland Gas zu Kriegszwecken herstelle. Wo bleibt da die Behauptung des Vorwärts? Uns scheint, Frankreich hat ein Interesse an der Vertuschung.

Der gesamten Arbeiterschaft aber muß der Vorfall eine dringende Warnung sein. Das Verhalten der SPD zeigt, daß sie auf der Seite der Imperialisten steht.

Skandal im Braunprozeß

Rechtsanwalt Samter von der Verteidigung ausgeschlossen

Leipzig, 23. Mai. (Eigene Drahtmeldung.)

Der Senat hat im Braunprozeß den kommunistischen Verteidiger mundtot gemacht. Man hat es nicht gewagt, die Mundtotmachung des kommunistischen Verteidigers vor den Wahlen zu vollziehen. Heute nach den Wahlen hat man beschlossen, ihn von der Verteidigung auszuschließen, weil er der Mittäterschaft verdächtigt wird. Gegen den Ausschluß des Genossen Samter wandten sich seine Kollegen Barbarsch und Kugler, die den Senat auch auf die juristische Unhaltbarkeit dieses Beschlusses aufmerksam machten. Rechtsanwalt Barbarsch und Kugler haben sich außerstande erklärt, die Verteidigung des Angeklagten Semmelmann durchzuführen. Man hat daraufhin die Anklage gegen Semmelmann getrennt. Semmelmann, der bereits schon zwei Jahre in Untersuchungshaft sitzt, wurde wieder in den Kerker zurückgeführt, wo er nur durch die Amnestie befreit werden kann.

Der Vorwärts bereitet Große Koalition vor

Proletarische Stimmen als Polsterung für Ministersessel

Berlin, 23. Mai. (Eigene Drahtmeldung.)

Zur Regierungsbildung erklärt der Vorwärts, daß die Sozialdemokratische Partei als Siegerin aus den Wahlen hervorgegangen sei, aber deswegen keine Diktatur ausüben wolle. Eine parlamentarische Arbeitsgemeinschaft kann nur auf rechtlicher Verständigung gebildet werden. Die Deutschnationalen erschweren die Große Koalition. Es besteht für sie nur eine Möglichkeit, die Volkspartei durch Druck und Drohungen von dieser Koalition abzuhalten.

Das Nachrichtenbureau des Vereins Deutscher Zeitungsverleger erfährt, daß in parlamentarischen Kreisen die Möglichkeit der Großen Koalition erörtert wird. Die Volkspartei wird sich zu Verhandlungen bereit erklären, falls die SPD mit einem solchen Vorschlag an sie herantritt.

Die Große Koalition ist auf dem Marsche. Die sozialdemokratischen proletarischen Wähler werden bald erkennen müssen, daß ihr Stimmzettel nur zur Polsterung von Ministersesseln für SPD-Minister und zur Verschacherung proletarischer Stimmen an das Bürgertum diente!

Kampf gegen den Kommunismus in ganz Europa

Berlin, 23. Mai. (Eigene Drahtmeldung.)

Die Tägliche Rundschau leitet in ihrer heutigen Nummer in einem Artikel des französischen Unterrichtsministers De Monzie eine Bolschewistenhetze ein. Unter der Ueberschrift „Der Kampf gegen den Kommunismus in ganz Europa". Die Verhaftung Bela Kuns, der Wahlerfolg der deutschen Kommunisten, der bedeutende Stimmenzuwachs der französischen Kommunisten, beleuchten die Situation in Europa. De Monzie wünscht, daß man diese Frage vor dem Konzern der Europamächte behandelt. Diese Konferenz sei notwendig sowie sofortige Verhandlungen mit den Russen bedeutend wären. Ueber die zukünftige Stellung der Russen im ganzen Osten muß eine Klarheit geschaffen werden. De Monzie fordert weiter die Einberufung der „Generalstaaten des Rechts", der Juristen Westeuropas, um mit den Russen über die Resolution der Nichteinmischung zu sprechen.

Auf nach Berlin!

Wenige Tage trennen uns vom 4. Bundestreffen des RFB, dem ersten außerparlamentarischen Kampfaufmarsch des Proletariats gegen den neuen Reichstag, in dem der alte Geist der Bourgeoisie weiterleben wird. So bedeutsam der Wahlerfolg der Roten Front ist, vergessen wir auf keinen Augenblick, daß die Wahlagitation nur als Aufrüttelung und Vorbereitung der Massen zu höheren Formen des revolutionären Klassenkampfes Sinn und Zweck hatte. In diesem Sinne ist das Reichstreffen der Auftakt zum außerparlamentarischen Massenkampf gegen die Große Koalition, über deren Zustandekommen gerade in dieser Pfingstwoche eifrig verhandelt werden wird.

Das Reichstreffen ist zweitens die Fortsetzung unseres Kampfes gegen das Verbot des RFB. Wie wichtig es ist, der Bourgeoisie zu beweisen, daß die Millionenfront des Proletariats im Kampfe gegen die Unterdrückung der einzigen proletarischen Schutz- und Wehrorganisation auf keinen Augenblick erlahmt, beweist die Stellungnahme der Täglichen Rundschau zu dem kommunistischen Wahlsieg. Das Organ Stresemanns und der Deutschen Volkspartei schreibt:

„Mehr als 3½ Millionen deutscher Arbeiter und Zuläufer sind unter der Parole „Schützt die Sowjetunion!" für fremde Interessen und für die Vernichtung des eigenen Staates an die Wahlurne getreten — ein betrübendes und erschreckendes Zeichen der Zeit und unserer politischen Verhältnisse und zugleich ein nachträglicher deutlicher Kommentar zu dem Versuch Keudells, die Rote Front zu verbieten, gegen den sich Sozialdemokratie und Demokratie wie gegen eine Ungeheuerlichkeit gewehrt haben."

Das bedeutet, daß die kommenden Koalitionsfreunde der SPD auch in der Großen Koalition ebenso auf das Verbot des RFB hinarbeiten werden, wie sie es im Bürgerblock getan haben. Und die sozialdemokratischen Führer, die anläßlich des Keudell-Verbotes nur aus Angst vor den Auswirkungen des Verbotes auf die Wahlen gegen dasselbe Stellung genommen haben, werden den bisher geheuchelten Widerstand gegen ein solches Verbot leichten Herzens aufgeben, wenn die entschlossene, stets wachsame Kampfbereitschaft der werktätigen Massen sie nicht zu einer anderen Haltung zwingt. Nicht nur der Kommentar der Täglichen Rundschau, sondern eine Reihe von Anzeichen deuten darauf hin, daß die Verbotsoffensive schon bei den Verhandlungen über die Bildung der Großen Koalition eine große Rolle spielen wird. Deshalb gilt es durch

den imposanten Aufmarsch des Reichstreffens

zu zeigen, daß wir jederzeit bereitstehen, um den geplanten neuen Schlag zu parieren.

Der Kommentar des Stresemannorgans rückt auch den außerpolitischen Hintergrund des Verbots noch einmal in helle Beleuchtung und führt uns damit zur dritten und zentralen Kampflosung des Reichstreffens.

Wenn die imperialistische Bourgeoisie Deutschlands die kommunistischen Wähler mit Recht als die Millionenschicht von Werktätigen ansieht, die durch die Wahl der Liste 5 für den Schutz der Sowjetunion demonstriert haben, so wird sie der gewaltige Pfingstaufmarsch der Roten Front belehren, daß die Massen für den Schutz des ersten Arbeiterstaates nicht nur zu wählen, sondern auch zu kämpfen bereit sind. Wir werden das Kampfgelöbnis des 3. Reichstreffens, das im Mittelpunkt der Begründung des Verbotes stand, auf dem 4. Reichstreffen erneuern und erhärten, und den Kampfaufmarsch der Roten Front zu einer Demonstration gestalten, die nicht nur die deutschen Imperialisten, sondern auch die Chamberlain, Birkenhead, Poincaré und ihre reformistischen Helfershelfer, die Führer der 2. Internationale, überall mit Wut und Haß aufnehmen werden. Das 4. Reichstreffen wird ihnen zeigen, daß ein Marsch gegen die Sowjetunion durch Deutschland jederzeit auf den eisernen, entschlossenen, revolutionären Widerstand der roten Klassenfront stoßen wird.

Viertens ist das Reichstreffen das weithin leuchtende Zeichen unserer Abwehrbereitschaft gegen den faschistischen Terror. Gerade im Augenblick, wo der Faschismus in Italien neue Massenmorde vorbereitet, und Albert Thomas, einen der Führer der 2. Internationale, das faschistische Italien verherrlicht, wird der Rote Kampfaufmarsch, an dem sich Delegationen aus England, Frankreich, Oesterreich, der Schweiz usw beteiligen, zu einer gewaltigen Massendemonstration gegen den faschistischen Terror im internationalen Maßstabe, zu einer Solidaritätskundgebung mit Bela Kun, dem die Auslieferung an das faschistische Ungarn

draht, sowie mit allen vom Faschismus und von der internationalen Reaktion verfolgten revolutionären Kämpfern.

Aber auch in Deutschland gilt es, gegen alle Formen des faschistischen und reaktionären Terrors den verschärften Kampf zu führen. Nach den Wahlen nicht minder als vorher. Gewiß, der faschistisch-völkische Block ist aus den Wahlen dezimiert hervorgegangen, aber man vergesse nicht,

daß der Fraktionsvorsitzende der Deutschen Volkspartei, Scholz, in den Wahlen als Stahlhelmkandidat aufgetreten ist,

daß neben ihm eine Reihe von anderen Mitgliedern der weißen Bürgerkriegsgarde, des Stahlhelms auf den Listen der Deutschen Volkspartei teils gewählt, teils kandidiert wurden. Der Stahlhelm wird so seine Vertreter in die Große Koalition senden, die mit der SPD gemeinsam die neuen Kriegs- und Unterdrückungspläne gegen die revolutionäre Arbeiterschaft beraten werden.

Das Reichstreffen wird auch gegenüber der Gefahr des Sozialfaschismus unseren entschlossenen Willen zur Errichtung der proletarischen Einheitsfront vor den breiten Massen bekunden. Je imposanter und grandioser der Kampfaufmarsch der Roten Front, je kräftiger unser Appell an die Arbeiter zur Festigung der Einheitsfront und zur Abwehr aller sozialfaschistischen Provokationen, um so wirkungsloser werden die Versuche der SPD- und Reichsbannerführer, die sozialdemokratischen Reichsbannerarbeiter in willige Objekte ihrer verabscheuungswürdigen Pläne zu verwandeln.

Das 4. Reichstreffen findet in Berlin statt, wo nach dem glänzenden Wahlsieg der Roten Front die werktätige Bevölkerung die Delegationen aus dem Reiche mit besonderer freudiger Kampfsolidarität begrüßen wird. Es wäre aber durchaus falsch, im 4. Reichstreffen nur ein Reichstreffen des RFB und nur einen Berliner Kampfaufmarsch zu erblicken. Wir werden das Rote Pfingsttreffen zu

einem außerparlamentarischen Kampfaufmarsch der gesamten werktätigen Bevölkerung gestalten,

wenn wir überall, wo Delegationen nach Berlin fahren, Abschiedskundgebungen, und nach ihrer Rückkehr Empfangskundgebungen veranstalten, die das Herz und Hirn der Werktätigen mit dem Bewußtsein erfüllen, daß ihr Schicksal mit dem Schicksal der Roten Front und mit dem Schicksal der Sowjetunion unlösbar verbunden ist, daß das Wohl und Wehe der deutschen Arbeiterklasse vom Bestand, von der Stärke ihrer revolutionären Organisationen abhängt. Jede Abschiedskundgebung und jede Empfangskundgebung muß gleichzeitig eine **Werbekundgebung** für die Rote Front werden, die von den Millionen, welche am 20. Mai kommunistisch gewählt haben, Tausende und Zehntausende in festen organisatorischen Formen erfassen und in die Rote Front eingliedern.

Auf nach Berlin am 27. Mai — das ist der Kampfruf des revolutionären Proletariats Deutschlands in dieser Woche. Auf nach Berlin — bedeutet **auf zum außerparlamentarischen Massenkampf gegen die Große Koalition, auf zum Kampf gegen Kriegsgefahr und Imperialismus, gegen Faschismus und Reaktion!**

Nach dem Roten Pfingsttreffen mit neuer Kraft und neuem Mut hinein in den systematischen **revolutionären Tageskampf!**

Schreckensurteile im Hromada-Prozeß

214 Jahre Zuchthaus

Wilna, 22. Mai. (Telunion.) Im weißrussischen Hromada-Prozeß wurde Dienstagmittag, nach fast dreimonatigem Prozeß, das Urteil gefällt. Von den 56 Angeklagten wurden die Hauptangeklagten, und zwar die bisherigen vier Abgeordneten Tarashkiewicz, Rat-Michajlowski, Miosla und Woloszyn, zu je 12 Jahren Zuchthaus verurteilt. Von den übrigen 52 Angeklagten wurden zwei zu je 8 Jahren Zuchthaus, acht Angeklagte zu je 6 Jahren, neun zu je fünf Jahren, zehn zu je vier Jahren und vier zu je drei Jahren Zuchthaus verurteilt. Also Strafen von insgesamt 214 Jahren Zuchthaus. Die übrigen 19 Angeklagten wurden freigesprochen.

Giftgas und neudeutscher Imperialismus

Die Hamburger Giftgaskatastrophe, die schon bisher an 200 Erkrankungen und zahlreiche Todesopfer gefordert hat, muß die höchste Aufmerksamkeit der werktätigen Massen auf die geheimen Rüstungen des neudeutschen Imperialismus lenken. Am Tage der Wahl, wo das deutsche „Volk" angeblich frei sich entscheiden durfte für die künftigen Regierungsparteien und für den politischen Kurs, demonstrierte ihm die mordende Giftgaswolke über dem Hamburger Hafen einen Teil jener verborgenen Kräfte, die in Wirklichkeit die innere wie auch äußere Politik des „demokratischen" Deutschland bestimmen und lenken. Woher kommt Giftgas in solchen Mengen in die Chemischen Werke der Fa. Stolzenberg, die sich seit längerer Zeit in Konkurs befindet und die auch nicht zu jenen Werken zählt, die nach dem Kriegsgerätegesetz das Recht haben, solche Gase zu erzeugen oder zu lagern? Wen will die bürgerliche Presse glauben machen, daß es sich um Bestände aus dem Weltkriege handelt, die angeblich jetzt nach dem Ausland verkauft werden sollten? Abgesehen hiervon, daß das letztere auch nach den Bestimmungen des Versailler Vertrages untersagt ist, steht es auch im direkten Widerspruch zu den Feststellungen verschiedener Kommissionen und Behauptungen amtlicher Stellen, wonach jenes Kriegsmaterial aus dem Weltkrieg, das vernichtet oder unbrauchbar gemacht werden sollte, schon längst nicht mehr vorhanden ist.

Die Hamburger Behörden haben davon gewußt, daß auf dem Gelände der Chemischen Werke der Fa. Stolzenberg mehrere große Tanks, gefüllt mit Phosgengas sich befanden. Sie geben sogar zu, daß die Aufsichtsbehörden in regelmäßigen Abständen die Behälter geprüft haben, nicht auf ihren Inhalt, sondern ob sie genügend dicht sind — und bestätigen außerdem der Fa. Stolzenberg, daß die Zulässigkeit dieser mit Giftgas gefüllten Tanks im Zentrum des Hamburger Hafens gesetzlich einwandfrei sei. Erst jetzt, nach der Katastrophe, die die weite Oeffentlichkeit alarmierte, untersucht die Hamburger Polizei in Verbindung mit der Staatsanwaltschaft, ob dieses Phosgengas in den Chemischen Werken nur gelagert oder auch hergestellt wurde, denn das letztere sei nach dem Kriegsgerätegesetz verboten. Diese ganze Untersuchung ist aber auch nichts anderes als ein Vertuschungsmanöver, um die Frage von dem Geleise, auf dem sie steht — und zwar als Charakteristik der „Abrüstung" des neudeutschen Imperialismus, gedeckt von den sozialdemokratischen Koalitionsregierungen — abzuschieben.

Hamburg wird von einem Senat der Großen Koalition, von der SPD bis zur schwerindustriellen Volkspartei, regiert. Besonders jetzt, wo die SPD-Führung drauf und dran ist, auch für das ganze Reich der alten Bürgerblockpolitik den Mantel der Großen Koalition umzuhängen, ist es sehr zeitgemäß, an diesem Beispiel das Verbrechen ihrer Koalitionspolitik aufzuzeigen. Die bürgerliche Presse in Hamburg und im ganzen Reiche bringt eine verlegene Ausrede nach der anderen, um den Fall zu „erklären", d. h. um von der Enthüllung der geheimen Aufrüstung abzulenken. Die sozialdemokratische Presse aber, die in dieser Sache gewitzigter ist, begnügt sich mit dieser Ablenkung allein nicht, sondern hetzt gegen — Sowjetrußland. Sie besitzt die Schamlosigkeit gerade Sowjetrußland, das, wie jeder Arbeiter weiß, das nächste Angriffsziel des neudeutschen Imperialismus und seiner Aufrüstung ist, für den Hamburger Skandal verantwortlich zu machen. Die SPD-Presse hat dafür sicherlich ein Stichwort von oben bekommen, von jenen Kreisen im Hamburger Senat und der Reichsregierung, zu deren Uebernahme sie sich jetzt im Verein mit bürgerlichen Parteien melden, die schon große Uebung in der Vertuschung solcher Affären haben. Siehe den Fall Phoebus, die zahlreichen Unternehmungen des Kapitän Lohmann, mit dem großen besonderen Millionenetat, der aus dem Reichswehrministerium zufließt. Diese Stelle dürfte auch Näheres über die Hamburger „Bestände aus dem Weltkriege" wissen!

Der Vorwärts fühlt sich schon ganz als Regierungsorgan. Deshalb stellt er die Frage der geheimen Giftgastanks in Hamburg als möglichst harmlos hin, als eine Frage, die nur die Fa. Stolzenberg, nicht aber die Reichsregierung und den Hamburger Koalitionssenat treffen kann. Um die Sache möglichst schmackhaft zu machen, erzählt er, daß die Fa. Stolzenberg früher in geschäftlicher Verbindung mit der Sowjetunion stand. Das ist wahrhaft der Gipfel der Verlogenheit und Verdrehung. Die Außenhandelsstellen der Sowjetunion haben mit vielen großkapitalistischen Unternehmungen im Ausland geschäftliche Beziehungen. Sie kaufen im Ausland ein, was unentbehrlich für die russische Wirtschaft und auch was für die Verteidigung der Sowjetunion gegen die kapitalistischen Angreifer notwendig ist. Jeder Arbeiter wird es verstehen, daß die Sowjetunion als der einzige Arbeiterstaat, umgeben von feindlichen kapitalistischen Staaten, alles was in seiner Macht ist, tun muß, um seinen Kriegsgegnern gewachsen zu sein. Was hat das aber mit der Aufrüstung des deutschen Imperialismus zu tun? Gegen wen richtet sich die Aufrüstungspolitik des neudeutschen Imperialismus, wen bedrohen die Giftgastanks, Panzerschiffe usw.? Dadurch bereitet sich das imperialistische Deutschland auf seine Kriegspolitik Seite an Seite mit dem englischen Imperialismus gegen die Sowjetunion vor!

Die Hamburger Giftgaskatastrophe ist ein Vorgeschmack des kommenden Weltkrieges. Und nur ein Anzeichen der Rüstungspolitik des deutschen Imperialismus. Das ist die wahre Kehrseite der Versöhnungspolitik Stresemanns, die die SPD-Führung als ihre Politik anpreist. Das ist die Politik der Unterdrückung der Bürgerblock- und Koalitionsregierung und ihres ganzen kapitalistischen Staatsapparates und das ist die Politik des Krieges und der imperialistischen Raubzüge. Giftgas ist eine seiner Waffen.

Die werktätigen Massen Deutschlands müssen von der Reichsregierung und dem Hamburger SPD-Koalitionssenat Rechenschaft fordern. Kampf dem neudeutschen Imperialismus und Krieg dem Kriege — müssen nicht nur Losungen von Versammlungen und Demonstrationen sein, sondern sich in schärfstem Klassenkampf gegen die kapitalistischen Regierungen im Reiche und in den Ländern gegen die verräterische Koalitionspolitik verwirklichen. Die Kommunistische Partei und der RFB rufen zu diesem Kampfe gegen die wachsende Kriegsgefahr und für die Verteidigung der Sowjetunion. Das **Rote Pfingsttreffen in Berlin wird die Kundgebung des revolutionären Proletariats Deutschlands gegen die Giftgashydra des Imperialismus**, gegen die kapitalistischen Kriegsvorbereitungen zum Angriff auf Sowjetrußland, gegen die Koalitionspolitik und für die **rote Einheitsfront des Proletariats sein.**

Giftgasmorde und Gewerkschaften

Die Hamburger Giftgaskatastrophe hat zu einem Augenblick die Aufmerksamkeit der Oeffentlichkeit auf die Gefahr der Giftgaswirkungen gelenkt. Die Presse der bürgerlichen Parteien und der Sozialdemokraten geben eine Darstellung, als wenn nur eine Reihe unglücklicher Zusammenhänge die Katastrophe verschuldet hätten. Doch die Hamburger Katastrophe nötigt zur Feststellung, daß solche Vergiftungen durch Giftgase in Deutschland keine Seltenheiten sind. Im Gegenteil. Die Unglückszifferder deutschen chemischen Industrie, hervorgerufen durch Explosionen und Gas, steigt von Jahr zu Jahr. In Erinnerung ist noch das große Unglück in Oppau 1926, das 600 Tote und 2000 Verletzte forderte.

Während 1924 in der chemischen Industrie 18 203 Unfälle gezählt wurden, stieg die Zahl im Laufe des Jahres 1926 auf 23 669, d. h. pro Tag ereignen sich 72 Unfälle in der chemischen Industrie.

Am 21. Mai 1926 wurden bei einer Explosion in der Pulverfabrik Haslo 15 Arbeiter getötet und 100 verletzt.

Im Jahre 1927 wurden bei Osram drei Arbeiter durch ausströmende Gase getötet.

Am 16. Februar 1928 12 Gasvergiftungen in Leverkusen.

Am 21. Juni 1927 wurden drei Personen in der chemischen Fabrik Geelings u. Co. durch ausströmende Gase aus einem undichten Tank getötet. Am 15. März 1927 wurden in der BASF 30 Arbeiter teils schwer, teils leicht durch ausströmendes Gas vergiftet.

In den meisten Fällen werden die Unglücksfälle verschwiegen. Nur ganz selten, wenn sie in größerem Ausmaße auftreten und in solchen Fällen, wie in Hamburg, erfährt die Oeffentlichkeit davon. Hinzugefügt muß werden, daß Zehntausende von Arbeitern durch die ständige langsame Einwirkung der Giftgase in den chemischen Fabriken ihre Gesundheit verlieren und einen frühen Tod finden.

Weder die Gewerbeinspektionen noch die Gewerkschaftsverbände kümmern sich in genügendem Maße darum. Sie wollen weder den Profit der Unternehmer antasten, noch die Kriegsproduktion verhindern. Für die Arbeiterschaft erwächst daraus die Pflicht, mit allen Mitteln für die Beseitigung der lebensgefährlichen Akkord- und Prämienarbeit zu kämpfen und in breiter Oeffentlichkeit gegen die Produktion der Kriegsmaterialien zu kämpfen. Hamburg beweist wieder einmal, wie notwendig es ist, daß die Arbeiter für die Aufdeckung solcher Munitions- und Giftgaslager Sorge tragen, damit dadurch der Bourgeoisie nicht die Möglichkeit gegeben wird, geheime Kriegsreserven zu schaffen. Besonders in den Stätten der Produktion, in den chemischen Fabriken besteht diese Verpflichtung, weil gerade diese Industrie sehr schnell und unauffällig ihre Fabrikation auf Giftgas und Explosionsmaterial umstellen kann.

Gewerkschaftsführer und Sozialdemokraten machen ihre Ablehnungsmanöver im Interesse der Bourgeoisie, sie decken ihre künftigen Koalitionsbrüder. Um so weniger dürfen sich die Arbeiter abhalten lassen, ihre proletarische Pflicht zu erfüllen, denn es ist ganz klar, daß diese Rüstungen nur zu dem Zwecke geschehen, um Kriegsmaterial herzustellen, daß gegen die Sowjetunion verwendet werden soll. Die systematische Hetze der SPD gegen Rußland zeigt, wie diese Partei versucht, auch die Arbeiter ideologisch auf einen Krieg vorzubereiten. Die Giftgaswolken in Hamburg und ihre Wirkungen zeigen den deutschen Arbeitern, wie groß die Gefahr ist und wie notwendig die proletarische Einheitsfront zum Kampf gegen den kapitalistischen Staat und zum Schutze der Sowjetunion wird.

★

Giftgaskatastrophe in Hamburg

Auf dem Bilde links:

Der explodierte Gasbehälter

★

Fast 200 Todesopfer beim Grubenunglück in Pennsylvanien

London, 22. Mai. (Telunion.) **Nach Meldungen aus Neuyork hat sich die Zahl der bei dem schweren Grubenunglück in Pennsylvanien geborgenen Toten auf 61 erhöht. Alle Hoffnungen, die noch eingeschlossenen Bergarbeiter zu retten, sind nunmehr aufgegeben worden, so daß von den insgesamt 211 Mann, die sich zur Zeit der Explosion in der Grube befanden, nur die bereits geretteten 14 Mann mit dem Leben davon gekommen sind. Die meisten der Eingeschlossenen befinden sich etwa 100 Meter unter Tage und mehr als zwei Meilen von dem Hauptgang der Grube entfernt. Die Rettungsmannschaften hoffen jedoch, die Eingeschlossenen in den heutigen Morgenstunden zu erreichen. Die ungewöhnlich hohe Zahl der Eingeschlossenen erklärt sich dadurch, daß die Nachtschicht ihre Arbeit unmittelbar vor der Explosion angetreten, während die Tagesschicht die Grube noch nicht verlassen hatte. Der Grund für die Explosion wird noch nicht mitgeteilt.**

Neue schwere Kämpfe in China

London, 22. Mai. (Tel.) Nach Meldungen aus Hankau sind zwischen den Truppen Generals Tschentschien, dem Oberkommandierenden der sechsten Nankinger Armee, und denen des Kwangsi-Generals Litsung Jen schwere Kämpfe im Gange.

Vom Tage

Selbstmord eines SPD-Gewerkschaftssekretärs

Koßwein, 22. Mai. Der seit Mittwoch voriger Woche vermißte Gewerkschaftssekretär Kurt Hahn wurde am Montag vormittag auf dem Hartenberg erhängt aufgefunden. Ursache des Selbstmordes dürften Veruntreuungen in der von ihm verwalteten Kasse der hiesigen Zahlstelle des Textilarbeiterverbandes sein.

Wieder ein Arbeitermord in Böhlen!

Böhlen, 22. Mai. Im Anschluß des Betriebes des Braunkohlen- und Großkraftwerkes Böhlen sind heute zwei Wagen eines Abraumzuges entgleist und umgefallen, wobei ein lediger Abraumarbeiter nicht mehr rechtzeitig zur Seite springen konnte und von einem der schweren Wagen totgedrückt wurde.

10 Personen durch einen Orkan getötet

London, 22. Mai. (Tel.) Nach einer Reutermeldung aus Laredo in Texas sind gestern im Verlaufe eines schweren Orkans im dortigen Bezirk vier Personen getötet und 50 verletzt worden. Eine Anzahl der Verletzten befindet sich in bedenklichem Zustand.

Neuzerste Dammrutschgefahr in Amerika

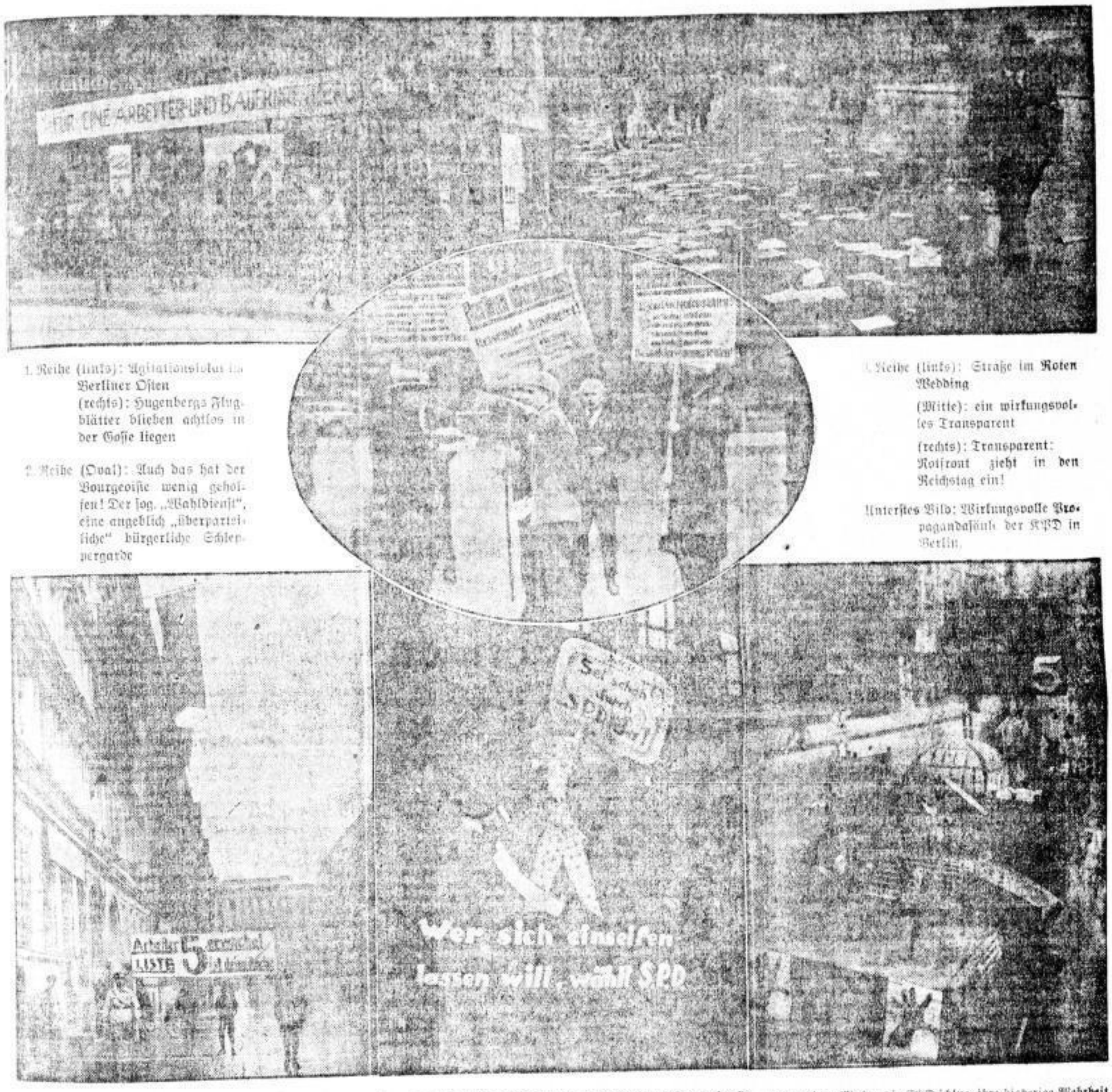
London, 22. Mai. (Tel.) In Neuyork eingelaufene Meldungen aus Salt Lake City berichten von einem bevorstehenden neuen Dammbruch im Pleasant-Tal, wodurch die Städte Castlegate, Colton und Helper in größter Gefahr sind. Die Bewohner flüchteten nach den Bergen. Große Abteilungen von Arbeitern versuchen einen Bruch des Dammes zu verhindern, doch fürchtet man, daß die Arbeiten nicht zu Ende geführt werden können, bevor der Damm dem starken Wasserdruck nachgibt.

Wieder eine Stadt in Peru vom Erdbeben zerstört

London, 22. Mai. (Tel.) Die Stadt Chachapoyas ist nach Berichten aus Lima in Peru von einem Erdbeben heimgesucht worden. Das neue Erdbeben hat die Stadt Jaen vollständig zerstört. Eine große Anzahl von Personen sind verletzt und getötet und mehrere Hundert obdachlos geworden. Die Erschütterungen dauern noch an.

Das Rote Berlin

Die Kommunisten Sieger im proletarischen Herzen Deutschlands



1. Reihe (links): Agitationslokal im Berliner Osten
(rechts): Hugenbergs Flugblätter blieben achtlos in der Gosse liegen

2. Reihe (Oval): Auch das hat der Bourgeoisie wenig geholfen! Der sog. „Wahldienst", eine angeblich „überparteiliche" bürgerliche Schleppergarde

1. Reihe (links): Straße im Roten Wedding
(Mitte): ein wirkungsvolles Transparent
(rechts): Transparent: Rotfront zieht in den Reichstag ein!

Unterstes Bild: Wirkungsvolle Propagandasäule der KPD in Berlin.

Von allen Ergebnissen der Reichstagswahl des 20. Mai das wichtigste ist das Abstimmungsresultat in Berlin. Hier im politischen Zentrum, im proletarischen Herzen Deutschlands, haben die Kommunisten den größten Sieg erfochten. Sie erreichten hier die Führung der industriellen Arbeiterschaft und sie sind die führende Partei Groß-Berlins, der Sozialdemokratie, die sie in den größten Arbeitervierteln geschlagen haben, auch im Gesamtbezirk ganz nahegekommen. Die Niederlage der Bürgerblockpolitik und die Niederlage der Koalitionspolitik, werden in Berlin durch die Abstimmung am klarsten demonstriert.

Wie groß stimmenmäßig der Erfolg unserer Partei ist, dafür einige Zahlen aus dem vorläufigen Ergebnis. Ohne Berlin-Reinickendorf (und, obwohl das übrige Gesamtergebnis nicht vollständig vorliegt) erreichte unsere Partei im Berliner Wahlkreise 347 324 Stimmen von rund [illegible] Million abgegebenen Stimmen. Die Sozialdemokratie dagegen 397 900 Stimmen. Alle bürgerlichen und Splitterparteien zusammengenommen erhalten weniger Stimmen als die KPD. Das Entscheidende aber bei der Abstimmung ist, daß die Sozialdemokratie, obgleich sie diesmal noch um etwa 50 000 Stimmen mehr erhielt, in Berlin an spezifischem Gewicht verloren hat, und in den eigentlichen Arbeitervierteln von unserer Partei geschlagen wurde. Während der sozialdemokratische Stimmengewinn kaum den 10 Prozent der größeren Stimmenabgabe entspricht, gewann unsere Partei an 60 Prozent ihrer früheren Stimmenzahl. In Berlin-Wedding, in Berlin-Friedrichshain, in Tegel und Oberschöneweide erhielt unsere Partei die Mehrheit in den Verwaltungsbezirken. Sie erhielt weiter die Mehrheit in zahlreichen Stimmbezirken der proletarischen Viertel. Selbst solche Bezirke, wie Berlin-Mitte mit einer stark bürgerlichen und kleinbürgerlichen Bevölkerung, brachten unserer Partei 100 Prozent Stimmengewinn. Im 1. Berliner Verwaltungsbezirk erhielten wir im Dezember 1924 24 204, und jetzt 48 900 Stimmen. Die SPD erhielt damals 47 659, und jetzt 53 092 Stimmen. Im Wedding wir 89 731 (57 745), die SPD 75 824 (67 810). Im Friedrichshain wir 70 193 (43 569), die SPD 69 475 (65 713). Aehnlich steht es, wie gesagt, in den wichtigsten Stadtbezirken von Neukölln, von Lichtenberg, von Oberschöneweide, vom Weißensee usw. In Berlin und im Wahlkreis Potsdam 1 und 2, wo die Verhältnisse ähnlich günstig liegen wie in Berlin, hat unsere Partei das bisher beste Abstimmungsergebnis in Deutschland, das Abstimmungsergebnis der Maiwahlen 1924 zusammen um rund 50 Prozent überschritten. Um die Partei, das zeigte die gestrige Abstimmung, schart sich ein fast 50mal größerer Kreis von Sympathisierenden, die fortgeschrittensten, ideologisch klarsten und aufgeklärtesten Arbeiter Deutschlands. Das Rote Berlin marschiert mit uns. Das Ergebnis der Freidenkerwahlen, wo die Opposition dieser wichtigen Massenorganisation

vor wenigen Wochen die SPD schlug, ihre bisherige Mehrheit in eine Minderheit verwandelte, zahlreiche Betriebsabstimmungen sind durch die Sonntagswahl als typisches Ergebnis für Berlin bestätigt.

Dieser großartige Sieg zeigt am besten, welche Umschichtung in Deutschland seit dem Jahre 1925 vor sich gegangen ist. Damals im Zenit der Bürgerblockherrschaft, als Hindenburg gewählt wurde, als unsere Partei in den Massen isoliert war, erreichte sie in den drei Berliner Wahlkreisen nur noch 280 000 Stimmen. Sie haben sich jetzt fast verdreifacht. Es sind etwa 670–700 000 Stimmen geworden. Während die Partei Lenins in Berlin 347 324 Stimmen erhielt, erhielt die Trotzki-Liste ganze 3911 Stimmen. 13 Berliner Wahlkreise schicken allein 11 Kommunisten, die Genossen Pieck, Torgler, Arendsee, Hein, Koppschläger, Koenen, Ewert, Beutling, Pfeiffer, Dahlem und Sewanti in den Reichstag (bisher 7) und 16 Kommunisten in den Preußischen Landtag (bisher 9). Ein verheißungsvoller Sieg, immer marschierte das Berliner Proletariat an der Spitze der deutschen Revolution. So ist es jetzt wieder. Das ist das Entscheidende! Das Rote Berlin von heute ist das Wahrzeichen des Sieges unserer Partei im Deutschland von morgen. In Berlin stehen einander gegenüber die Führung der proletarischen Partei und die Führung des bürgerlichen Lagers mit den Reformisten auf der anderen Seite. In Berlin ist der Parteiapparat der revolutionären Partei naturgemäß stärker als im Reiche. Dafür aber ist Berlin der Sitz des Regierungsapparates, der zentralen Presse, des Trustkapitalismus, der Sitz der preußischen Regierungskoalition und der reformistischen Parteizentrale. Und hier, wo die gegnerischen Kräfte am besten gerüstet aufeinanderstoßen, ist der Sieg der proletarischen Partei am größten von ganz Deutschland. Was Warschau und Paris aufgezeigt hatten, das zeigt noch klarer der Sieg im Zörgiebel-Berlin: in den politischen Kämpfen der westeuropäischen Länder, zugleich in den proletarischen Herzen der Arbeiterklasse dieser Länder, ist der Kommunismus unaufhaltsam auf dem Vormarsch.

Ein Wahrzeichen der proletarischen Revolution!

Vorwärts jetzt nach dem 20. Mai für unsere Berliner Organisation, für unsere Presse, vorwärts mit den Berliner Arbeitern im Kampf um ihre Tagesforderungen, vorwärts vor allem im Metallarbeiterkampf und zum Pfingsttreffen unseres Roten Frontkämpferbundes!

Das Rote Berlin, röter als je, marschiert mit uns!

Sozialpolitische Rundschau
Aus Theorie und Praxis.

Die Rechte des unehelichen Kindes

Im Artikel 121 der Reichsverfassung wird etwas Selbstverständliches in einem lächerlich-feierlichen Tone ausgesprochen: „Den unehelichen Kindern sind durch die Gesetzgebung die gleichen Bedingungen für ihre leibliche, seelische und gesellschaftliche Entwicklung zu schaffen wie den ehelichen Kindern". Als muß der vernünftige Mensch sich denken, hat es jetzt ein Ende mit allen wirtschaftlichen und „moralischen" Zurücksetzungen des unehelichen Kindes. Aber dann guckt er sich die Zustände in unserer Republik an und sieht, daß also die Entrechtung der unehelichen Kinder jenem großartigen Verfassungsartikel zum Trotz fortbesteht. Es wäre aber natürlich geradezu hochverräterisch, anzunehmen, die Verfassungsartikel ständen nur auf dem Papier, — nein, man muß sie nur richtig **auslegen**. Und zu „vernünftiger Auslegung" bezahlen wir mit unseren Steuergroschen die rechtsgelehrten Professoren, die sich schon 1919 einig waren: Dieser Artikel 121 ist nur eine **Richtlinie**, falls mal künftig das Familienrecht geändert werden sollte. Staatsrechtsprofessor Anschütz in Heidelberg begnügt sich aber nicht nur mit der Feststellung. Die bisherigen Gesetze über die Rechtsverhältnisse der unehelichen Kinder bleiben vorerst bestehen" (vorerst — das heißt: bis zur nächsten wirklichen Revolution), und ferner „sei eine absolute Gleichstellung mit den unehelichen Kindern nicht beabsichtigt". Wollte man also künftig im Parlament etwa mit dem verbrecherischen Unfug aufräumen, der die Geburt eines Kindes mit zweierlei Maß mißt, je nachdem die Mutter zuvor die Gebühren ans Standesamt bezahlt hat oder nicht, wollte man auf parlamentarischem Wege die Rechtssätze radikal wegräumen, durch die eine ausgesprochene Klassenmoral sich nicht nur an den „schuldigen gefallenen" Müttern, sondern an den „unschuldigen" Kindern austobt, dann wäre nach der vorsorglichen „Auslegung" des demokratischen Herrn Professors und seiner schwarzweißroten Kollegen dafür eine zwei Drittel-Majorität erforderlich. Denn die Richtlinie des Artikels 121 gestatte nur **kleine** Ausbesserungen; **grundsätzliche** Gleichstellung aller Menschenkinder ginge gegen einen anderen Verfassungssatz, Art. 119: „Die Ehe steht als Grundlage des Familienlebens und der Erhaltung und Vermehrung der Nation unter dem besonderen Schutz der Verfassung.

Das uneheliche Kind nicht mit seinem Vater verwandt

Trotz aller Redereien in Weimar ist alles beim Alten geblieben. Heute wie je ist das uneheliche Kind im „Rechtssinne" nicht mit seinem Vater verwandt, sondern nur mit seiner Mutter und ihren Verwandten. Heute noch trägt das Kind den Mädchennamen der Mutter und nicht des Vaters; nur, wenn sich die Mutter mit einem anderen als dem Erzeuger verheiratet, kann der Stiefvater mit ihrer und des Kindes Einwilligung diesem **seinen** Namen erteilen, um so den „Makel" äußerlich zuzudecken. Weitere Wirkungen hat diese Namengebung nicht. Der Stiefvater hat keine elterliche Gewalt über das Kind, das Kind gegen ihn keinen Unterhaltungsanspruch und kein Erbrecht. Aber, was noch toller ist und selbst die milderen bürgerlichen Frauenrechtlerinnen in Harnisch bringt, auch die uneheliche Mutter hat keine elterliche Gewalt über das Kind. Das uneheliche Kind erhält vielmehr einen Vormund und der Gesetzgeber ist nun allerdings so nett, zuzulassen, daß auch die Mutter und sogar vor dem Großvater zum Vormund bestellt werden **kann**.

Feststellung der Vaterschaft

Nun hängen die Nürnberger bekanntlich nur den, den sie haben und es ist nicht immer leicht, den unehelichen Vater festzustellen. Als unehelicher Vater **gilt**, wer der Mutter vom 181. bis zum 302. Tage vor der Geburt beigewohnt hat (§ 1717). Die Geschwängerte braucht also nur nachzuweisen, daß der auf Unterhalt verklagte Mann mit ihr in der gesetzlich abgegrenzten Empfängniszeit verkehrt hat und schon muß er verurteilt werden. **Müßte** er, wenn ihm nicht das Recht zugestanden wäre, jene „Vermutung" zu entkräften. Er kann das, indem er den Beweis erbringt, daß das Kind **offenbar** aus jenem Verkehr **unmöglich** stammen kann (z. B. Schwangerschaft der Mutter schon zur Zeit der Beiwohnung, Zeugungsunfähigkeit seinerseits oder ähnliches) **aber auch durch den einfachen** Nachweis, daß auch ein anderer in der fraglichen Zeit mit der Mutter verkehrt hat. Der Einspruch ist nur ungültig, wenn aus dem anderen Beischlaf der Frau das Kind offenbar nicht stammen **kann** (nachweisliche Schwangerschaft der Mutter schon vor dem Geschlechtsverkehr mit dem zweiten Mann), oder wenn der Beklagte trotz mehrfachen Verkehrs der Mutter seine Vaterschaft nach der Geburt des Kindes in öffentlicher Urkunde anerkannt hat. Er kann diese Erklärung aber wegen Irrtums, Drohung oder Betrug, falls so etwas vorgekommen ist, anfechten und dann doch die sogenannte „Einrede des Mehrverkehrs" erheben.

Kein Erbrecht

Das uneheliche Kind hat auch heute noch kein Erbrecht gegen seinen (oft reichen) Vater. Die positiven Wirkungen der unehelichen Vaterschaft beschränken sich auf ein Eheverbot (heiratet der uneheliche Vater seine Tochter trotz des Verbots, so ist diese Ehe nichtig) ferner auf den Unterhaltungsanspruch und die Möglichkeit der Legitimation. Ueber beides noch ein kurzer Bericht der bestehenden Rechtsverhältnisse.

Unterhaltungsanspruch

Der Unterhaltungsanspruch umfaßt den Lebensbedarf des Mündels, die Kosten der Erziehung und Berufsvorbildung, gemessen an der Lebensstellung der **Mutter**, jedoch regelmäßig nicht über das vollendete 16. Lebensjahr hinaus. Anders nur, wenn das Kind infolge körperlicher oder geistiger Gebrechen außerstande ist, sich selbst zu unterhalten. Diese außerordentliche Unterhaltungspflicht ist nach ständiger Praxis der Gerichte aber eine Seltenheit. Die Regel bildet der durch § 1708 BGB. geschaffene Zustand, der die Kinder proletarischer Mütter und kapitalkräftiger Väter automatisch proletarisiert. Der Unterhalt ist als Geldrente drei Monate im Voraus zu entrichten. Er kann auch für die Vergangenheit verlangt werden. Die Mündelmutter, falls sie zum Vormund ihres Kindes bestellt worden ist, sonst dieser, klagt ihn als gesetzlicher Vertreter bei dem Gericht des väterlichen Wohnsitzes ein. Zur Erlangung des Armenrechtes, das vorläufige Befreiung von allen Prozeßkosten mit sich bringt, ist die Vorlage eines Armutzeugnisses hier nicht erforderlich (§ 118 II ZPO.). Stirbt das Kind, so hat der Vater nur noch die rückständigen und die gerade fälligen Unterhaltungskosten zu zahlen. Im übrigen erlischt die Unterhaltungspflicht. Nicht so, wenn der **Vater** stirbt, ehe das Kind sein 16. Jahr vollendet hat, vielmehr muß dann der Erbe den Unterhalt weiterzahlen; er hat allerdings wahlweise die Möglichkeit, das Kind mit dem Betrag abzufinden, den es als Pflichtteil bekommen hätte, wenn es ehelich gewesen wäre. Der Pflichtteil beträgt die Hälfte des gesetzlichen Erbteils. Wie hoch dieser ist, hängt vom Verwandtschaftsgrad und von der Zahl sonstiger gesetzlicher Erben ab und ist also nur von Fall zu Fall zu sagen. Mit Genehmigung des Vormundschaftsgerichtes kann übrigens auch der Vater mit seinem unehelichen Kind bezw. mit dessen Vormund Vereinbarungen über den zukünftigen Unterhalt, über eine einmalige Abfindung treffen und nur ein unentgeltlicher Verzicht auf den Unterhalt ist nichtig (§ 171 BGB.). Sehr häufig wird die proletarische Mündelmutter als Vormund ihres Kindes sich mit einer scheinbar großen Summe abfinden lassen und dann nach ein paar Jahren mit ihrem Kind vor dem Nichts stehen. Besonders aber, wenn die Mutter nicht selber Vormund ihres Kindes ist, wird sie sich nicht auf die Kontrolle des Vormundschaftsgerichts verlassen dürfen, sondern alles tun müssen, den gesetzlichen Vertreter ihres Kindes vor Abfindungsmanövern zurückhalten. Zahlt der Vater nachher nicht mehr, ist **sie** selbst und nicht **ihre** Verwandten verpflichtet, für den Unterhalt des Kindes zu sorgen. Die Verwandten des unehelichen Vaters trifft diese Pflicht **nicht**.

Für sich selbst kann die außerehelliche Mutter vom Schwängerer nur die Entbindungskosten, die Kosten des Unterhalts für die ersten sechs Wochen nach der Entbindung und etwa die noch durch Schwangerschaft und Entbindung notwendig gewordenen Arztkosten verlangen. Ihr Anspruch verjährt bereits in vier Jahren nach Ablauf der Sechswochenfrist. Wichtig ist das Recht, das § 1716 der Mutter gibt: sie kann den Erlaß einer einmaligen Verfügung beantragen, daß der Vater den Unterhalt für die ersten drei Monate und den gewöhnlichen Betrag der Entbindungs- und Sechswochenkosten alsbald nach der Geburt an die Mutter oder den Vormund zu zahlen und den Betrag angemessene Zeit vor der Geburt zu hinterlegen habe.

Muckrige Durchschnittsmoral und Unbescholtenheit

Natürlich hat sie weitergehende Schadenersatzansprüche, falls sie durch Hinterlist, Drohung oder unter **Mißbrauch eines Abhängigkeitsverhältnisses** „zur Gestattung der außerehelichen Beiwohnung bestimmt" wurde (§ 825 BGB.), oder, falls sie als „unbescholtene Verlobte ihrem Verlobten die Beiwohnung gestattet hat" und dieser nachher ohne wichtigen Grund zum Rücktritt schuldhaft gegeben hat (§ 1300 BGB.). Doch wird hier der muckrigen Durchschnittsmoral der bürgerlichen Republik entsprechend, der Begriff der „Unbescholtenheit" sehr streng gehandhabt und in der Regel mindestens verlangt, daß die Braut bis zum Beischlaf mit ihrem Verlobten Jungfrau war. Diese Ansprüche der Mutter selbst gehören übrigens unter allen Umständen vor das örtlich zuständige Amtsgericht (§ 23.2 GVG.), und hier ist übrigens zur Erlangung des Armenrechts die Beibringung eines behördlichen „Armutszeugnisses" erforderlich.

Legitimation

Schließlich ist noch die Möglichkeit der sogenannten Legitimation gegeben. Dabei handelt es sich um folgendes: Der Vater des unehelichen Kindes heiratet **später** die Mutter. In diesem Fall wird das Kind kraft Gesetzes (§ 1719) ehelich. Diese Wirkung erstreckt sich auch auf **seine** Kinder. Heiratet z. B. ein Mann im Alter von 40 Jahren ein Mädel, das er vor 20 Jahren geschwängert hat und ist das hieraus hervorgegangene uneheliche Kind als 19jähriges Mädel selbst Mutter eines Kindes geworden, so ist der Mann durch die Eheschließung Großvater dieses Kindes mit allen Rechten und Pflichten. - Ferner kann aber auch ein uneheliches Kind die Rechte ehelicher Geburt „verliehen" erhalten, wenn die Eheschließung mit der Mutter (z. B. wegen Todes) unmöglich ist, „oder dem Vater nicht zugemutet werden kann" (z. B. weil er Pastor und sie Protistuierte ist.) Die Ehelichkeitserklärung setzt allerdings eine Menge voraus: einen Antrag des Vaters, Einwilligung des Kindes, ferner der Mutter, wenn das Kind noch nicht 21 Jahre alt ist und der Ehefrau des Vaters, falls dieser verheiratet ist, — alles gerichtlich oder notariell beurkundet. In Preußen entscheidet über den Antrag, nach Vorbereitung durch das zuständige Amtsgericht, der Justizminister — er kann nach § 1734 einen Antrag aus **beliebigen** Gründen ablehnen. Bewilligt er ihn, so erlangt das Kind die Stellung eines ehelichen Kindes aber nur dem Vater **selbst**, nicht auch seinen Verwandten gegenüber. Personensorge und Unterhaltungspflicht gehen auf den **Vater** über.

Das sind die „Rechte" des unehelichen Kindes. Fast jede der geltenden Bestimmungen spiegelt die Moral und den kapitalistischen Klassencharakter des bürgerlichen „Rechtsstaates" wieder.

Dr. Alfons Steiniger.

Fürsorge — wie sie ist

Elisabeth Modrow aus Magdeburg war nach dem Tode der Mutter vom Jugendamt Magdeburg in das Schwesternheim „Martinsstift" in Borsdorf bei Leipzig gebracht. Hier sollte das Mädchen zu einem ordentlichen Menschen erzogen werden. Wie die Erziehung vor sich ging, dafür Nachstehendes: Die Behandlung in diesem Schwesternheim war die denkbar schlechteste. Viel gemeine Schimpfworte, gewiß nicht dazu angetan, dem Mädel

einen höheren Bildungsgrad oder sittliches Empfinden beizubringen. Der Bruder besuchte seine Schwester mehrere Male und trug dabei das rote Frontkämpferabzeichen. Als er fort war, fragte die Schwester, was das für ein Abzeichen war. Auf die Erwiderung des Mädchens, daß dieses das Abzeichen der Roten Frontkämpfer sei, sagte die Hausmutter der Anstalt: **„Mit solch roter Bande mußt Du Dich auch noch gerade einlassen, dann bist Du weit genug gesunken.** Die Kommunisten sind ja nur die Leute, die die Menschen auf schlechte Wege bringen".

Man verlangte von dem Mädel, daß es dem Bruder schreiben soll, er möge der Partei und solchen Hetzern den Rücken kehren und sich Gott zuwenden. Weil das Mädel dieses Verlangen nicht erfüllte, wurde die Behandlung noch strenger als vordem. Allerhand Schikanen war sie fortan ausgesetzt und bei der schweren Arbeit, Wäschewaschen und 15 Zentner schwere Säcke tragen, wurde es gedrieselt. Sogar Schläge gab es bei der schweren Arbeit, 6 bis 8 Wochen Zelle oder Strafkirchgang. Dabei war Vorschrift, daß das Zeug links angezogen wurde.

Als das Mädel es nicht mehr aushalten konnte, schrieb es heimlich an den Bruder. Dieser eilte nun sofort zur Anstalt. Erst als er sich gar nicht abweisen ließ fand er Einlaß. Er stellte die Schwester zur Rede und ging, in dem Glauben, daß nun die Behandlung seiner Schwester eine bessere würde. Seine Schwester wurde sofort zur Hausmutter gerufen und scharf angehaucht. „Wenn auch Dein Bruder schon von Gotteswegen abgegangen ist, so ist Dir doch noch zu helfen", sagte die Hausmutter, „Du kommst zu einem Bauern und der wird Dir schon die Beine lang machen und dafür sorgen, daß Dein faules Fleisch abgetragen wird". Die Drohung wurde auch wahr gemacht. Bei dem Bauern wurde von 4 Uhr früh bis abends 11 Uhr gearbeitet. Obwohl das Mädchen nichts davon verstand mußte es doch heran und landwirtschaftliche Arbeiten verrichten. Die zu verrichtenden Arbeiten wurden einmal gezeigt und dann mußte sie jeder nachmachen können. Wer es nicht fertigbrachte, bekam Schläge. So stark wurde geschlagen, daß das Blut aus Mund und Nase kam. Man sagte den Mädels, daß sie nur zu faul seien, die Arbeit zu verrichten. Weiter sagte man ihnen, daß sie nur „auf andere Art" sich Geld verdienen könnten.

Da die Behandlung immer unerträglicher wurde, drohte das Mädel, daß es sich erhängen wolle. Jetzt wurde dem Bruder endlich erlaubt, seine Schwester aus der Anstalt nach Hause zu holen.

Selbstverständlich legten die Schwestern großen Wert auf die Frömmigkeit. Sie zwingen jeden Insassen, der einen Brief an die Angehörigen schreibt, folgendes Kärtchen mit einzulegen:

„Seid ihr auch geduldig und stärkt eure Herzen; denn die Zukunft des Herrn ist nahe." Jak. 5,8.

„Habt einerlei Sinn untereinander. Trachtet nicht nach hohen Dingen, sondern haltet euch herunter zu den Niedrigen." Röm. 12, 16.

„Je kleiner ich, je größer Du, Herr Jesus mach mich klein."

In Demut will man die Mädels erziehen, willige Arbeitssklaven aus ihnen machen. Man soll sich statt der Aushändigung dieser Sprüche lieber mit der besseren Behandlung der Kinder befassen, die dem Schwesternheim zur Pflege und zur Erziehung übergeben sind.

Die Arbeiterwohlfahrt lernt um

Vor wenigen Jahren konnte der Parteivorstand der SPD. sich nicht genug tun in der Verurteilung und Bekämpfung der IAH. als eine überflüssige Organisation. Der SPD.-Parteivorstand hat indessen umgelernt und versucht, durch eine eigene sozialdemokratische Arbeiterhilfe auch auf dem sozialpolitischen Gebiet die proletarische Einheitsfront zu zerschlagen.

Bis vor kurzer Zeit hat aber der SPD.-Parteivorstand und die Arbeiterwohlfahrt so getan, als wenn sie sich lediglich darauf beschränken würden, kleinbürgerliche Kinderhilfe in den Wohlfahrtsämtern zu treiben.

Wie in früheren Jahren wurden von beiden Institutionen fortgesetzt der IAH. der große Vorwurf gemacht, daß sie sich an den heiligen Prinzipien der Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung vergehe, weil sie bei den großen Streiks mit Hilfsaktionen eingreift. Man behauptet, daß damit die schlimmste Schädigung der Gewerkschaften eintrete und die IAH. eine Art Gewerkschaftsersatz geworden sei.

Das Interessanteste ist jetzt, festzustellen, daß die Arbeiterwohlfahrt, nur um die Konkurrenz gegen die IAH. zu halten, ebenfalls dazu übergegangen ist, in Wirtschaftskämpfen einzugreifen.

U. a. brachte der „Vorwärts" vom 3. Dezember einen Aufruf der Arbeiterwohlfahrt zwecks Sammlung von Kleidern und Lebensmitteln für die ausgesperrten Tabakarbeiter. In Schönek in Sachsen werden bereits Kinder der Tabakarbeiter verschickt.

Der „Vorwärts" denkt, wenn zwei dasselbe tun, ist es noch lange nicht dasselbe. Wenn die IAH. ihre selbstverständliche proletarische Solidaritätspflicht erfüllt, ist es kommunistische Zersetzungsarbeit. Wenn es die sozialdemokratische Arbeiterwohlfahrt tut, ist es richtig und gewerkschaftsfördernd.

Das demagogische Manöver dürfte kaum bei den breiten Massen Gehör finden.

Nun erst recht: **Internationale Arbeiter-Hilfe**

Werdet Mitglieder der IAH.

Du versuchst

vergeblich Abhilfe, wenn du allein kämpfst. Die IAH. wirbt vom 1. bis 15. [illegible] neue Mitglieder. — Trete ein in den Bund der Freunde der IAH.

Auf zum 4. Reichstreffen des RFB!

Abfahrt Freitag, den 25. Mai, 24 Uhr vom Neustädter Bahnhof / Teilnehmer stellen 22 Uhr Freiberger Platz

Die Schmach der deutschen Fürsorgeerziehung

Von Käte Duncker

Mit welchem Aufwand moralischer Entrüstung berichten bürgerliche Zeitungen immer wieder von den verwahrlosten Kindern in der Sowjetunion. Da sind wir Westeuropäer doch bessere Menschen: bei uns wird jedes verwahrloste Kind vom Vater Staat in sorgliche Obhut genommen, wir haben ja die Fürsorgeerziehung.

Die Ursachen der Kinderverwahrlosung sind hüben wie drüben sehr verschieden. In Rußland kamen nach Kriegs- und Bürgerkriegsjahren, Mißernten und Hungerkatastrophen, die eine große Zahl von Kindern elternlos machten. In unserem wohlgeordneten Deutschland gab es natürlich solche Unordnung nicht. Bei uns stammt die Jugendverwahrlosung aus der Ordnung selbst. Es ist ja völlig in Ordnung, daß in unseren Großstädten viele Tausende von Familien in licht- und luftlosen Massenquartieren hausen, Angehörige jeden Geschlechts und Alters auf wenige Kubikmeter Raum zusammengedrängt. Es ist ja nur in der Ordnung, daß Vater und Mutter in die Fabrik gehen müssen, während die Kinder unbeaufsichtigt der Straße überlassen bleiben. Es ist auch in Ordnung, daß Tausende von Familien durch Arbeitslosigkeit ins Lumpenproletariat gestoßen werden. Und folglich ist es auch in Ordnung, daß hier eine Jugend aufwächst ohne Kinderglück und Elternsorgfalt. Das Wohnungselend, der niedrige Lohn, die Arbeitslosigkeit mit ihrem Gefolge von Alkoholismus, Verbrechen und Entartung, und andererseits die schrankenlose Genußgier der besitzenden Klasse, die aus Schaufenstern und Lichtreklame, aus Cafés und Tanzdielen Augen und Ohren der freudlosen Proletarierjugend umnebelt — das ist der Nährboden, auf dem bei uns dauernd und naturnotwendig die Jugendverwahrlosung erwächst. Leider fehlen amtliche Angaben über die Anzahl der Fürsorgezöglinge in ganz Deutschland. Daß diese Zahl aber steig steigt, zeigt eine Statistik aus der Rheinprovinz. Danach war der Bestand von 975 Fürsorgezöglingen 1902 auf 13 422 im Jahre 1926 gestiegen.

Fürsorgeerziehung!

Wie klingt das Wort so warm und mütterlich — und was für eine barbarische mittelalterliche Einrichtung ist es in Wirklichkeit! Echt bürgerliche Heuchelei hat das alte brutale, aber ehrliche Wort „Zwangserziehung" im neuen Recht umgelogen in „Fürsorgeerziehung".

Zwangsmäßig ist schon die ganze Aufmachung des Fürsorgegesetzes. Ein Minderjähriger kann der „Fürsorgeerziehung überwiesen werden, wenn die Eltern das Kind vernachlässigen oder sich eines ehrlosen oder unsittlichen Verhaltens schuldig machen", so daß das Kind in der Gefahr ist, zu verwahrlosen; zweitens, wenn der Minderjährige eine strafbare Handlung begangen hat „zur Verhütung weiterer Verwahrlosung"; drittens, wenn die Fürsorgeerziehung wegen „Unzulänglichkeit der erziehlichen Einwirkung zur Verhütung des völligen sittlichen Verderbens des Minderjährigen notwendig ist". Das sind, wie man sieht, äußerst dehnbare Bestimmungen, die dem Staat sehr weitgehende Eingriffsrechte gegenüber den Eltern gewähren.

Gewiß ist es notwendig, Kinder aus Familien zu nehmen, wo sie zu Unzucht oder Verbrechen angehalten oder unmenschlich mißhandelt werden, oder auch wo Krankheit oder elende wirtschaftliche Lage der Eltern die Erziehung unmöglich machen. Aber wie oft geschieht es, daß Kinder wegen ganz geringfügiger Vergehen ihren Eltern entrissen werden. So wurde z. B. im März d. J. aus Karlsruhe berichtet, daß ein 15jähriger Junge, dem sein Meister das beste Zeugnis ausstellte, wegen Entwendung von 2,20 Mark direkt in eine Erziehungsanstalt gebracht worden war, ohne daß er die Möglichkeit hatte, seine Eltern zu benachrichtigen. Der Pfarrer lehnte die von den Eltern erbetene Vermittlung ab, da der Junge „seit dem Tage seiner Erstkommunion nicht ein einziges Mal mehr den Gottesdienst besucht habe". In Hannover wurde 1925 ein 3½jähriger Knabe seiner unehelichen Mutter weggenommen, weil er „unsittliche Handlungen begangen" habe, und in Leipzig ist 1927 ein 7jähriger Junge in die Erziehungsanstalt gebracht worden, weil er einem gleichaltrigen Mädchen die Hose abgeknöpft habe. Der Staat tut nichts gegen Wohnungsverhältnisse, durch die Kinder Zeugen sexueller Vorgänge werden müssen. Aber mit pharisäischer Heuchelei ist er hinterher schnell bereit, die unschuldig-schuldigen Kleinen als Sittlichkeitsverbrecher zu brandmarken. Der moralischen Schnüffelei, besonders von seiten der geschorenen oder gescheitelten Geistlichkeit, ist durch das Jugendfürsorgegesetz überhaupt Tür und Tor geöffnet. 1925 wurden in Magdeburg die drei 15-, 16- und 18jährigen Töchter eines Reisenden der „Fürsorge" überwiesen, weil sie keinem Erwerb nachgingen! (Bourgeois-Kinder dürfen natürlich faulenzen.) Außerdem habe die Jüngste 23mal den Konfirmandenunterricht geschwänzt. Und die Beschwerde des Vaters war vergeblich, die Mädchen wurden eines morgens mit dem Polizeiwagen abgeholt. In Düsseldorf wurde ein 17jähriges Mädchen auf Veranlassung einer katholischen Fürsorgeschwester

vom Polizisten in ein Kloster überführt.

Der Mutter wurde auf ihre Beschwerde hin erklärt, das Mädchen habe im Volkshaus verkehrt, das als „zweifelhaftes Lokal unter Sittenkontrolle" stünde! Daß kommunistische Jungarbeiter oder Mitglieder des Roten Jungsturms der Fürsorge überwiesen werden, ist besonders im Rheinland nichts seltenes.

Sehen wir uns nun den „Betrieb" der Fürsorgeerziehung näher an. Es sind da zwei Formen zu unterscheiden: Unterbringung in einer „geeigneten Familie" und Anstaltserziehung. Ueber die Familienerziehung läßt sich im allgemeinen nur sagen, daß sie in der Hauptsache dahin wirkt, kleinen Bauern und Handwerkern billige Arbeitskräfte zu verschaffen. Aber wenigstens klebt den dort untergebrachten Kindern nicht der Makel des „Fürsorgezöglings" an, der beinahe so schlimm ist wie der eines Zuchthäuslers. Es gibt eine große Anzahl von Fürsorgeerziehungsanstalten in Deutschland, staatliche und private, weltliche und geistliche. Aber der Geist ist überall gleich mittelalterlich. Von moderner Psychologie und Pädagogik nirgends eine Spur. In den Erziehungsanstalten sind oft schwererziehbare, oft krankhaft veranlagte, unnormale Kinder. Nur ein besonders ausgewähltes, Lehrpersonal, ausgerüstet mit dem modernsten Wissen auf dem Gebiete der Seelenkunde und der Erziehungswissenschaft dürfte hier tätig sein. Statt dessen sehen wir vielfach Menschen mit dem geistigen Horizont und dem Umgangston des verflossenen preußischen Feldwebels, ungebildete Klosterbrüder oder frömmelnde Mitglieder der „inneren Mission" als Erzieher der unglücklichen Opfer unserer herrlichen Gesellschaftsordnung. Vor allem tragen all die Erziehungsanstalten den Stempel des Zwangs, wodurch sie gerade dem jugendlichen, sich gegen jeden Zwang aufbäumenden Geist unerträglich sind: vergitterte Fenster, fest verschlossene Türen sowie eine Haus- und Dienstordnung, wie sie in keinem Zuchthaus brutaler sein kann, mit Androhung von Arreststrafen, Kostentziehung, ja sogar körperlicher Züchtigung „mit Hasel- oder Rohrstock von 1 Zentimeter Stärke bis zu 10 Hieben auf das Gesäß oder den Rücken"!

Nur ein Beispiel von vielen: Im März d. J. fand vor der Essener Strafkammer ein Prozeß statt gegen den verantwortlichen Redakteur des „Ruhr-Echos", der den geistlichen Leiter der Erziehungsanstalt Klausheide beleidigt haben sollte. Nach den Aussagen einer großen Anzahl Zeugen erhalten die von früh bis spät schwer körperlich arbeitenden Zöglinge durchaus unzureichende Nahrung, oft in äußerst unappetitlichem Zustand. Dabei verfügt die Anstalt über viele Ländereien und großen Viehbestand und die Provinzialverwaltung zahlt für jeden Zögling täglich 2,50 Mark an die Anstalt. Natürlich suchten sich viele Zöglinge, diesem Paradies zu entziehen. Wurde einer der Ausreißer wieder eingefangen, so erwarteten ihn barbarische Strafen bis zu

12 Wochen Einzelhaft

bei tagelanger Kostentziehung. Ein Junge berichtete, an einem Tag 62 Stockhiebe erhalten zu haben. Ein Zögling wurde in seiner Zelle erhängt aufgefunden. Ein aus dem Zuchthaus vorgeführter früherer Zögling erklärte, erst in Klausheide sei er schlecht geworden, aber im Zuchthaus habe er es hundertmal besser als in Klausheide. Die Folgen solcher Zustände sind nur allzu begreiflich: Fluchtversuche, Selbstmorde. Die Fürsorgezöglinge stellen einen erschreckend hohen Prozentsatz zum gewohnheitsmäßigen Verbrechertum.

Wie stellen wir Kommunisten uns zur Fürsorgeerziehung? Solange wir noch nicht die Möglichkeit haben, die Ursachen der Jugendverwahrlosung zu beseitigen, sind Fürsorgeanstalten nicht entbehrlich. Zunächst aber sind alle privaten Anstalten aufzuheben oder in kommunale umzuwandeln. Die Anstalten sollen soziale Arbeitsschulen sein mit weitgehender Selbstverwaltung der Zöglinge. Die Erzieher müssen pädagogisch und hygienisch gut vorgebildet sein. Prügelstrafe, Arrest und Kostentziehung sind unzulässig, andere Strafen dürfen nur mit Zustimmung der Schülerräte verfügt werden. Sowohl die Verhängung der Fürsorgeerziehung, als auch ihre Durchführung muß der Kontrolle der Jugendämter und der proletarischen Organisationen unterstellt sein. Im allgemeinen haben wir die Augen offen zu halten gegenüber der Gefahr, dem Staat ein solches Machtmittel, wie es das Jugendfürsorgegesetz darstellt, in die Hand zu geben, ehe nicht dieser Staat nach dem Marxschen Wort „einer sehr rauhen Erziehung durch das Volk" unterzogen worden ist.

Der sozialdemokratische Landtagsabgeordnete Geiser betrügt die Massen

Am Mittwoch, dem 16. Mai fand im Gasthof Dobritz eine sozialdemokratische Wählerversammlung statt. Vor 30 Besuchern und 9 Mann Saalschutz sprach der sozialdemokratische Abgeordnete Geiser. (Uebrigens „der Frack saß tadellos!") Neben der Verschleierung des Arbeiterverrats durch die SPD-Führer während und nach dem Kriege behauptete der Sozialdemokrat Geiser ganz bewußt. In den letzten Jahren hätte in der Reichsregierung kein Sozialdemokrat gesessen, **auch in den Länderregierungen nicht.** Auf unseren Zwischenruf hin, daß doch in der Preußenregierung Sozialdemokraten sitzen, entschuldigte er sich, daß er es übersehen hätte.

Ueberlegt. **Ein Landtagsabgeordneter „übersieht" die sozialdemokratisch-bürgerliche Koalitionsregierung in der größten Länderregierung Deutschlands,** lügt weiter die Tatsachen ab, daß in Braunschweig wie in anderen kleinen Länderregierungen Sozialdemokraten sitzen. Die Absicht ist klar. Die SPD verschleierte ganz bewußt ihren von den Massen gehaßten Koalitionswillen mit dem Klassenfeind. Sozialdemokratische Arbeiter, nehmt ihr die bewußten Lügen eurer „linken" Führer ohne Widerspruch hin? Urteilt selbst!

Kaditz. Heute abend findet im Gasthof Kaditz 20 Uhr eine Einwohnerversammlung statt, die sich mit den Straßen- und Verkehrsverhältnissen dieses Ortsteils beschäftigt.

Morgen Donnerstag werden im Stadtverordnetenkollegium die Anträge der kommunistischen Fraktion behandelt, die sich in gleicher Richtung bewegen.

Der Eintritt zur Sitzung ist für jedermann frei. Die Sitzung beginnt 19,30 Uhr im Rathaus, 2. Stock, Eingang Kreuzstraße 8.

1. Freidenker-Sachsentreffen

Pfingsten 1928 in Dresden

Sonnabend den 26. Mai 1928: Von mittags ab Empfang der auswärtigen Genossen (Hauptbahnhof und Neustädter Bahnhof). 20 Uhr:

Abendveranstaltungen mit künstlerischem Programm:

Trianon, am Schützenplatz; Annensäle, am Fischhofplatz; Schusterhaus, Hamburger Straße 65; Dreikaiserhof, Ecke Tharandter und Kesselsdorfer Straße; Zum Reichsbanner, Bischofsweg; Volkshaus Ost, Schandauer Straße 73; Faunpalast (Stadt Leipzig), Leipziger Straße 74.

Sonntag den 27. Mai 10 Uhr im Zirkus Sarrasani:

Morgenfeier — Kundgebung

Festschriften zu 75 Pf. und Festabzeichen zu 50 Pf. bei allen Funktionären.

Nächtlicher Ueberfall in der Wiener Straße

Am 19. Mai gegen 24 Uhr wurde eine Frau, die im Begriff war, ihren in der Ausstellung beschäftigten Ehemann abzuholen, auf der Wiener Straße unweit einer Baustelle von einem Unbekannten überfallen. Er packte sie von hinten am Halse, hielt ihr den Mund zu und schleppte sie in die Baustelle, wo er sie dicht am Bahndamm niederwarf. Durch ein Geräusch in einem der benachbarten Häuser wurde der Täter von seinem Vorhaben abgebracht. Er ergriff die Flucht in der Richtung Voßstraße.

Aus Nahrungssorgen in den Tod gegangen. Am 16. Mai gegen 2,30 Uhr soll ein etwa 25 bis 30 Jahre alter Mann an der Laubegaster Fähre in die Elbe gesprungen sein. Eine nähere Personenbeschreibung kann nicht gegeben werden. — Am 14. 5. ist auf einem Fenstersims des Grundstückes Martin-Luther-Straße Nr. 22 ein Zettel gefunden worden, wonach ein Unbekannter, der infolge eines Nervenleidens aus seiner Stellung entlassen worden ist, sich in der Dresdner Heide erschießen will. — Mit inzwischen als vermißt angezeigten Personen konnten beide Unbekannte nicht in Verbindung gebracht werden. — Am 19. 5. ist in Dresden die Leiche eines etwa 60jährigen Mannes aus der Elbe geborgen und nach dem Friedhof Bremer Straße 18 übergeführt worden. Der Tote hat annehmbar nur wenige Tage im Wasser gelegen. Er ist 1,60 Meter groß, unterersetzt, hat graues Haar, Stirnglatze, grauen Schnurrbart und rundes Gesicht. — Um sachdienliche Mitteilungen, die zur Klärung dieser Fälle dienen können, bittet das Landeskriminalamt, Landeszentrale für Vermißte und unbekannte Tote, Dresden, Schießgasse 7, 3. Stock, Zimmer Nr. 200.

Tödlicher Unglücksfall

Freiberg. In der Nacht zum Sonntag stürzte aus dem im Parterre gelegenen Abortfenster eines Hauses der Oberen Bahnhofstraße ein 34 Jahre alter Schuhmacher und erlitt einen schweren Schädelbruch, der seinen Tod zur Folge hatte.

Verkehrsunfälle

Freiberg. Am Sonnabend verunglückten auf der Straße Reitzenhain—Marienberg, in der Nähe der Haltestelle Gelobtland, durch eigene Fahrlässigkeit 2 Motorradfahrer aus Ritterswalde bzw. Schindelbach. Jedes Rad war mit 2 Personen besetzt. Die Führer fuhren nach eigenen Angaben mit einer Geschwindigkeit von 70 bis 90 Kilometer, übersahen dabei in der Dunkelheit ein Pferdegeschirr. Der erste Fahrer fuhr mit voller Wucht in das Geschirr hinein und erlitt so schwere Verletzungen, daß er bald danach starb. Der zweite Motorfahrer und die beiden Mitfahrer wurden ebenfalls schwer verletzt.

Unter dem Verdacht der Brandstiftung

Cunewalde. Wegen dringenden Verdachtes, mehrere Brände in der Umgegend angelegt zu haben, wurde der Schornsteinfeger Willy Lelanz aus Beiersdorf verhaftet.

Erneutes Fischsterben in der Röder

Arnsdorf. In den letzten Tagen konnte in der Röder ein neues Fischsterben beobachtet werden. Es wird vermutet, daß der Röder giftige Abwässer zugeleitet worden sind.

Zur verflossenen „Künstlerhilfs"woche

Mit Festversammlungen, Festessen, unzeitgemäßen Ausstellungen und Plakettenaufträgen, mit grün-weißen Programmen und halbdilletantischen Aufführungen ging der Sächsische Kunstverein den materiellen und künstlerischen Nöten der freien Künste zu Leibe. Die Wahlarbeit hat uns verhindert, bisher an dieser Art Hilfeleistung Kritik zu üben, soweit sie sich nicht in unseren Berichten „100 Jahre Sächsischer Kunstverein" und „Kunst in Sachsen vor 100 Jahren" ergab. Aber bei dem 100jährigen Alter des Sächsischen Künstlervereins kommt diese Kritik, die sich in erster Linie gegen den Vorstand richtet, nicht zu spät. Der Ausgang der Wahl bietet vielmehr der freien Künstlerschaft eine Basis ihrer Kritik, die auch die unsere ist, mehr Nachdruck zu verleihen als bisher. Uns gingen aus den Kreisen der freien Künstlerschaft geradezu vernichtende Meinungsäußerungen über die Betriebsblindheit des Sächsischen Kunstvereins zu. Das von uns im nachstehenden veröffentlichte Schreiben ist nur ein milder Aufguß berechtigter, restlos berechtigter Strömungen innerhalb der freien Künstlerschaft gegen die Tätigkeit des Sächsischen Kunstvereins, die unter dem verwaschenen Motto zu stehen scheint: „Niemand zulieb und niemand zuleide." Daß bei einer derart mark- und knochenlosen Praxis, die vornehmlich von dem vielgenannten Herrn Schambach geübt zu werden scheint, die freie Künstlerschaft ihr Fell zu Markte trägt, versteht sich von selbst. Es wäre an der Zeit, daß der Sächsische Kunstverein sich baldigst zu den in der Presse von der freien Künstlerschaft erhobenen Vorwürfen äußerte und gleichfalls die Oeffentlichkeit über die geplante Verwendung der vom Stadtparlament und Landtag zur Verfügung gestellten Gelder Rechenschaft ablegte.

„Die Sächsische Künstlerhilfswoche ist vorbei. Sie hat bewiesen, daß man nicht weiß oder nicht wissen will, wie man den Künstlern hilft. Sonst wäre es nicht zu verstehen, daß man neben anderen untauglichen aber harmlosen Mitteln auch dieses gebrauchte, „zur Behebung der Künstlernot" an die Mildtätigkeit der Straße zu appellieren. Selbst wenn, was wir bezweifeln, der Ertrag dieser Sammlung nennenswert wäre, würde er in keinem Verhältnis zu dem Schaden stehen, den die Tatsache angerichtet hat, daß man in der Stadt Dresden, die angeblich eine Kunststadt ist, sicher aber einmal eine war, unter den Denkmälern kunstsinniger Staatsmänner mit der Sammelbüchse der Künstlernot zu steuern versuchte.

Was die freie Künstlerschaft unter Künstlerhilfe bei Mindestansprüchen versteht, hat sie in der Eingabe an die Regierung eindeutig ausgesprochen. Diese Eingabe war der Regierung und mit ihr dem Leiter der Künstlerhilfswoche vor dem Beginne der Veranstaltungen bekannt. Daß man diesen Plan, dessen Fiasko von vornherein feststand, dennoch durchführte, beweist, wenn es eines Beweises noch bedurft hätte, daß in den offiziellen Kreisen Sachsens in Dingen der Kunstpflege eine beschämende Ignoranz waltet. Die Leute, die da sammeln ließen, scheinen nicht zu wissen, daß es in einer Zeit, wo man den materiellen Erfolg zum Wertmesser des Menschen macht, das sicherste Mittel ist, jemand in seelische und materielle Not zu stoßen, wenn man Almosen für ihn sammelt, wie für einen lästigen Kostgänger der Gesellschaft. Auch in seiner Not hat der Künstler immer noch zu geben, was der Achtung und des Geldes der Lebenden wert wäre. Denn jenen Nothelfern dieses Wissen zuzutrauen, hieße, ihnen eine perfide Handlungsweise unterstellen, trotz sächsischer Kunstpflege und Künstlerhilfe.

Freie Künstlerschaft Sachsens
Der Arbeitsausschuß."

Othello

Kammerlichtspiele

Serienproduktion und Konjunktur bestimmen das Filmgeschäft. Von Filmkunst kann ja in einem kapitalistischen Staat kaum die Rede sein. Erst waren Vorkriegs- und Manöverfilme Trumpf, dann wurde Fridericus Rex ausgewalzt, neben der „edlen Dulderin" Luise, Heidelberg und Neckarstrand, der deutsche Rhein und der Trompeter von Säckingen rührten des deutschen Oberlehrers Herz. Dann entflammte der geschäftstüchtige amerikanische Schlachtenbummlerpazifismus die schwarz-rot-„quidde" Herzen. Mit „Zirkus" begann eine neue Epoche über des Artisten Glück und Leid. War es auch Unsinn, hatte es doch Methode. Jetzt werden die Klassiker vergeschäftet. Maria Stuart — von Jeßner, Carlos und Elisabeth — von Richard Oswald, im Kammerlichtspielhaus — Othello. Der Film ist schon sehr alt. Der mondäne Star Lya de Putti als Anfängerin, nichts desto weniger auf dem Programm fett gedruckt. Othello, der Mohr von Venedig, imposante Hauptfigur in Shakespeares gleichnamigem Drama, in Verdis gleichnamiger Oper, war ein venezianischer General, ein Condottierre, Nachfolger des „Briganten" Colleoni, dem der berühmte Michelangelo ein Standbild setzte. Sohn eines Maurenprinzen und einer spanischen Grandentochter, führte er die Kriegs- und Raubzüge der Republik Venedig im Mittelalter. Er nahm sich gewaltsam die weiße Tochter eines venezianischen Senatoren zum Weibe. Der Doge, so gern er wollte, unternahm nichts gegen den unentbehrlichen Condottierre und erst durch die Ränke eines seiner Offiziere, des Jago verliert Othello seine Desdemona, indem er sie, die zärtlich geliebte, aus Eifersucht mit eigenen Händen erdrosselt. Dies alles spielt sich ab auf dem großen staatspolitischen Hintergrund der aristokratischen und plutokratischen Republik Venedig, Schützerin aller Pfeffersäcke und Wucherer (Shylo*!!).

Der Film übertrug die Gesetze der Bühne ohne weiteres auf sich. Infolge dessen liegt über allem für uns jetzige der Hauch einer unerträglichen Komik. Die schauspielerhaften Gesten wirken trotz Prominenter lachmuskelreizend. Nur Jannings als Mohr macht eine Ausnahme. In ausgezeichneter Maske ist er ein edler Condottierre. Zu edel fast, wenn man die geschichtlichen Ueberlieferungen bedenkt. Aber man glaubt ihm, daß er wie ein Bär in Jagos Netze sich verstrickt. Werner Kraus gibt den Intriganten als schmierigen, schleimigen, schwammigen Halbmann. Etwas vom rachsüchtigen Eunuchen ist an ihm. Aber seine „springlebendigen" Intrigen erscheinen — ohne des Dichters Worte — doch etwas unmotiviert.

Der Proletarier zieht auch aus diesem Film wieder eine bedeutsame Lehre. Auch damals gab es eine „schwarze Schmach". Das heißt **fremde Rassen und unterdrückte Klassen erschienen den Magnaten gerade gut genug ihr Leben „für einen Klempnerladen" zum Schutze republikanischer Pfründen einzusetzen.** Waren die Profite in Sicherheit, so wurde — von der Sozialdemokratie verführten deutschen Arbeitern genau so, wie von Poincaré und venezianischem Senat gepreßten Okkupationssenegalesen und maurischen Condottierren — das edle Wort ins Gesicht geschleudert: „Der Mohr hat seine Schuldigkeit getan. Der Mohr kann gehen."

di—.

Tageskalender der Dresdner Theater

Donnerstag. Oper: Così fan tutte (So machen's alle) (19,30). Schauspielhaus: Finden Sie, daß Constanze sich richtig verhält (19,30). Albertheater: Der große Bariton (19,30). Komödie: Du wirst mich heiraten (19,45). Residenztheater: Die leichte Isabell (20). Centraltheater: Wien spielt auf (20).

Reichsbannerleute greifen Kommunisten an

Gohlis. Eine besondere Glanzleistung versuchten Gohliser Reichsbannerleute in einer SPD.-Wählerversammlung in Weißtropp. In seinem Referat betonte der Kommunistenfresser Lügen-Heilbut aus Freital, man müsse bestrebt sein, Wiener Verhältnisse herbeizuführen, dort gebe es nur 2 Parteien, die Sozialdemokraten und die Bürgerlichen. Worauf unser Genosse Erfurt in der Diskussion diesen Herren an die Juli-Ereignisse erinnerte und erklärte, daß es gerade die sozialdemokratische Presse war, die alle Schuld den Kommunisten zuschrieb. Also müsse es dort doch auch Kommunisten geben. Herr Heilbut war paff. Dafür wollten ihn jene angeblich parteilosen Reichsbannerleute retten, indem sie unserem Genossen an den Kragen wollten. Nur das Dazwischentreten eines Bauern aus Kleinschönberg hielt diese Rowdys von ihrem Vorhaben ab.

Nur so weiter!

Olbersdorf. In der letzten Zeit stirbt da ein Arbeiter und zum Erstaunen der Trauergemeinde erzählte der Pfaffe bei seiner Predigt, daß der Verstorbene ein ganz guter Kerl war, aber in seinem Leben (seine 75 Eimer weg hat, das heißt) zu viel getrunken hat. Ob denn der Pfaffe bei einem Begräbnis von einem Fabrikbesitzer oder einem Direktor auch sagt, daß er zu viel gesoffen hat? Wir glauben es nicht. Ist es dem Pfaffen nicht auch schon mal passiert, daß er besoffen zum Vorstadthotel herausgekommen ist und froh war, einen Bekannten zu treffen, der ihn nach Hause begleitete? Ferner kann er sich ja mal die Schlemmerlokale ansehen und studieren, was von den oberen Zehntausend getrunken wird. Bei denen wäre eine Kritik nötig. Aber na: hier handelt es sich ja nur um einen Arbeiter. Arbeiter, erwacht, tretet aus der Kirche aus, reiht euch in die rote Klassenfront ein.

Falsche Fünfmarkstücke. Am 18. Mai wurde von der Polizei in Dresden-Striesen eine Frauensperson aus Berlin festgenommen, die hierher gekommen war, um falsche Fünfmarkstücke an den Mann zu bringen. Diese Stücke unterscheiden sich von den echten dadurch, daß sie etwa 6 bis 8 Gramm weniger wiegen. Zweifellos hat sie bereits eine ganze Anzahl solcher Stücke verausgabt. Alle Geschäftsleute werden gebeten, ihre Kassen auf derartige Falschstücke hin zu prüfen und, falls solche festgestellt werden sollten, sofort im Zimmer 149 des Polizeipräsidiums oder in der nächsten Polizeiwache Anzeige zu erstatten.

Sparkassenbuch gestohlen. In einer hiesigen Privatschule wurden vor einigen Tagen einem Schüler aus seiner Aktentasche, die er im Klassenzimmer auf der Bank hatte liegen lassen, ein Sparkassenbuch Nr. 25 987 mit Einlage und 105 RM Bargeld gestohlen.

Sittlichkeitsverbrecher festgenommen. Von der Polizei wurde am 20. Mai ein 23 Jahre alter Bauschüler von hier festgenommen, der vor einiger Zeit eine hiesige Kanzlistin unsittlich belästigt hatte. Er wurde von dieser wiedererkannt und der Polizei übergeben.

Festnahme eines Diebes, der Autos bestiehlt. Durch die Aufmerksamkeit eines Straßenpassanten wurde am 20. Mai gegen 20 Uhr ein 27jähriger Arbeiter aus Breslau dabei betroffen, wie er aus einem Auto am Parkplatz Mosczinskystraße eine Autodecke stahl. Er wurde der Polizei übergeben und festgenommen.

Wem gehört der Damenkoffer? In Verwahrung des Polizeipräsidiums befindet sich ein Damenhandkoffer, Größe 10mal17mal5 Zentimeter. Er ist am 9. April gegen 8 Uhr auf der Eisenbahnstrecke zwischen Haltepunkt Dresden-Pieschen und Trachau gefunden worden. Das Leder der Handtasche ist auf zwei Seiten aufgeschlitzt worden und auch das Innere weist Beschädigungen auf. Offenbar rührt der Koffer von einem Diebstahl her. Der Eigentümer wolle sich im Polizeipräsidium, Zimmer 71a, werktags von 8 bis 14 Uhr melden.

Zoo. Brutverschiedenheiten in der Vogelwelt. Es ist allgemein bekannt, daß unser Haushuhn, die Ente und unsere Sänger und viele andere Vögel ihre Eigelege, das aus 4, 5 oder 12 und mehr Eiern besteht, erst vollzählig haben müssen, ehe sie zu brüten beginnen. Es gibt aber auch Vogelarten, die hierin anders verfahren und gleich nach Ablage des ersten Eies mit dem Brüten anfangen. Es ist dies z. B. der Fall bei den Eulenarten, die 3 bis 7 Eier in Intervallen von 2 bis 3 Tagen zu legen pflegen. Natürlich schlüpfen auch die Jungen in gleichen Zwischenräumen und sind infolgedessen stets sehr verschieden groß. Z. B. bietet sich hierfür im Zoologischen Garten ein Beleg. Die Uhus haben — eine große Seltenheit — gebrütet und den vier Eiern sind 3 Junge entschlüpft, die je 2 Tage auseinander, also sehr verschieden groß sind. Gegen Abend rückt die am Boden sitzende Mutter zur Seite, so daß die Jungen sichtbar werden. Noch sonderbarer geht es bei den Wellensittichen zu, die auch im Zoo stets zur Brut schreiten. Bei ihnen legt das Weibchen in der dunklen Bruthöhle ständig Eier hinzu, so daß Junge schon flügge sind und immer noch neue Eier hinzukommen.

Corborundum- und Elektritwerk. Wie uns mitgeteilt wird, sind wir bei unserer letzten Meldung insofern unrichtig unterrichtet worden, als die Arbeitskräfte nicht von der Johannesstraße, sondern von der Hirsch-Dunckerschen Gewerkschaft, Hohenzollernstraße, bezogen worden. Notwendig ist, daß sich die Belegschaft des Werkes gegen diese Methoden der Verseuchung mit gelben Elementen wehrt und daß dieser Kampf energischer als bisher geführt wird.

Arbeitersport

Die deutsche Länderfußballmannschaft in Paris

Der Arbeiter-Turn- und Sportbund Deutschland eröffnet mit diesem Länderspiel sein diesjähriges internationales Programm: Das am 1. Pfingstfeiertag im Pershing-Stadion zu Paris stattfindende Spiel soll zur Belebung und Festigung des Sportgedankens in der französischen Arbeiterschaft beitragen. Man erhofft ferner eine Stärkung des kleinen, unter politischen Zersetzungserscheinungen und wirtschaftlichen Bedrängnissen gelittenen französischen Verbandes. Bisher ist zwischen beiden Verbänden offiziell ein Länderspiel ausgetragen worden. Am 12. Oktober 1924 war es der damalige deutsche Bundesmeister „Dresdner Sportverein 1910", der mit der Vertretung beauftragt war und 3:0 gewann. Diesmal wird eine Auswahlmannschaft antreten, die sich vornehmlich aus süddeutschen Spielern zusammensetzt und die besten Leute der vorjährigen Ländermannschaft enthält, die gegen die Schweiz ein glänzendes Spiel boten. Die Mannschaft:

Behne (Burg b. Magdbg.) — H. Anthes (Sprendlingen) — Bott (Nürnberg-Schweinau) — Aschenbrenner (München) — Schneider (Münster i. Wttbg.)

Ehrlich (Leipzig) — Caspary (Frankfurt-Westend) — Lange (Offenbach)

Reisenberg (Mannheim-Rheinau) — Dorn (Nürnberg)

Schaal (Böckingen)

Die deutsche Länderhandballmannschaft siegt im zweiten Spiel in Oesterreich 8:1

Nach der Niederlage gegen die österreichische Ländermannschaft spielte die deutsche Vertretung gegen die Bezirksmannschaft Mödling b. Wien und bot ein ausgezeichnetes Können. 2000 Zuschauer waren voller Begeisterung über den temperamentvollen Spielverlauf. Zur Halbzeit stand das Ergebnis bereits 4:1.

RKB „Solidarität", Bezirk Groß-Dresden. Altstadt: 27. u. 28. Mai Erzgebirgstour mit Rad. Pfingstsonnabend 16.12 Uhr ab Hauptbahnhof nach Chemnitz mit Sonntagskarte 3,60 Mark. Von Chemnitz mit Rad nach Stollberg (Quartier). Am 1. Feiertag per Rad nach Johanngeorgenstadt, in Schwarzenberg Quartier. Am 2. Feiertag von Schwarzenberg nach Chemnitz. Ab Chemnitz mit Bahn nach Dresden. — Cotta: 27. Mai (1. Feiertag) Familienausflug nach Altfranken. Abmarsch 6 Uhr. Treffen Weißeritzufer, Ecke Gottfried-Keller-Straße. 7. und 8. Juli 25jähriges Gründungsfest der Abteilung mit Werbekorso und Sportfest auf dem Sportplatz Heidelstraße. — Kaditz: 27. Mai Peterswalde. Abf. 4 Uhr. — Kemnitz-Stetzsch: 27. Mai Morgenausfahrt zum Frühkonzert nach der Rehbockschänke (Meißen). Abf. 4 Uhr. — Löbtau: Pfingstsonnabend 15 Uhr Abfahrt vom Bürgergarten zur 3-Tage-Tour nach Glashütte, durch das Ueberschwemmungsgebiet. Uebernachtung voraussichtlich in Glashütte und Kreipen. Die Genossinnen und Genossen, die an der Pfingsttour nicht teilnehmen, stellen am 1. und 2. Feiertag um 18 Uhr zu Ausfahrten am Bürgergarten. Ziel wird dort bekanntgegeben. — Neustadt: 27. Mai Pfingsttour nach Eiland—Tyssaer Wände. Abf. 4 Uhr Albertplatz. — Striesen: 27. und 28. Mai Empfang der Chemnitzer Genossen und gemeinschaftliche 2-Tage-Ausfahrt nach der Sächsischen Schweiz. — Süd: 26. Mai nach Nord-Sporenberg. Stellen 14,30 Uhr. Abf. 15 Uhr Albertplatz. — Sporack: 27. und 28. Mai Pfingsttour nach Teplitz. Abf. 5 Uhr Ausstellung. — Rennfahrer: 27. und 28. Mai Straßen- und Bahnrennen der Ortsgruppe Großzschocher (Bezirk Leipzig).

ATuSpB, 10. Bez., 2. Gruppe. Am 17. Mai fand eine Lehrstunde für Leichtathletik in Kötzschenbroda statt. Leider waren dem Rufe nur wenige Genossen gefolgt. Wo blieben die Genossen aus Königstein, Gohrisch, Hermsdorf, Reinhardtsdorf, Kreipen und Altendorf? Gerade diese Vereine, die es notwendig haben, auf diesem Gebiete unterrichtet zu werden, schwänzten. Bezirkssportwart Kelle zeigte uns praktisch alle Gruppen der Leichtathletik vorzüglich und machte uns auf deren Vorteile und Nachteile treffend aufmerksam. Freudig und mit Eifer folgten wir seinen Ausführungen. Leider mußte die vorgesehene Massage wegen des rauhen Wetters ausfallen. In der darauf folgenden Sitzung wurden alle Fragen über das Kreisfest und Bezirkssportwesen gründlich durchgesprochen, so daß jeder Sportler noch mehr angespornt wurde zu unserem großen Treffen, 3. Kreisfest in Dresden, mit daran teilzunehmen. Zum Schluß wurde noch beschlossen, eine zweite Lehrstunde im Herbst stattfinden zu lassen, bei der alle Sporttreibenden unserer Gruppe mitarbeiten sollen. Mit dem Wunsche, das Gelernte in den Vereinen zu verarbeiten, schloß Gen. Kelle die Lehrstunde.

Fußballabteilung Possendorf-Wilmsdorf. Alle Thalheim-Fahrer Treffpunkt Mittwoch zum Training. Abf. 18,15 Uhr von der Kreuzstraße. Fahrgeld bis Freitag an Gen. [illegible] abgeben. Abf. vom Hbf. 7,20 Uhr. Abf. am 1. Feiertag früh.

Freie Turnerschaft Heidenau. Donnerstag den 24. Mai 19,30 Uhr im Sportheim: Vereinsversammlung wegen [illegible] zum Kreisfest [illegible] Vorturnerschaft.

ATuSpB Radebeul. Am 1. Pfingstfeiertag Morgenwanderung. Treffen 4,30 Uhr [illegible] Ecke. — Fußballabteilung. Die fällige Monatsversammlung findet erst am 1. Juni statt.

BfKK, Sportabteilung. Die Wahl ist vorbei. Jetzt gilt unsere ganze Kraft dem Kreisfest und der Kreisfestspartakiade. Vor allem müssen die Wettkämpfer richtig üben. An der Bezirkstafel haben wir mit dem dritten Platz gesehen, daß unsere Teilnehmer es nicht ernst genug genommen haben. Wir haben zur Kreisfestspartakiade an Mannschaftsbewerben sowohl Ruderer als auch Radfahrer gemeldet. Wettkämpfer! Nun heißt es üben, üben und immer wieder üben! Darüber werden wir in unserer Monatsversammlung am Freitag dem 25. Mai um 19,30 Uhr im Volkshaus nochmals sprechen. Alle Wettkämpfer müssen anwesend sein.

Eltern der freien weltlichen 8., 16., 29., 51. und 57. Volksschule. Versammlung am Donnerstag dem 24. Mai um 19,30 Uhr im Restaurant Zöllnerklause, Zöllner-, Ecke Holbeinstraße. Thema: Elternwahl.

Versammlungskalender

Kommunistischer Jugendverband

Mittwoch den 23. Mai

Löbtau. Heute kein Gruppenabend, dafür morgen Donnerstag im Bürgergarten. **Pannewitz.** 20 Uhr Gruppenabend im Bahnhofs-Café. Referat: „Parlament oder Räte."

Donnerstag den 24. Mai

Altstadt. Gruppenabend bei Findeisen. Wichtige Tagesordnung.

Jung-Spartakus-Bund

Donnerstag den 24. Mai

Striesen. 17,30 Uhr Gruppenabend auf dem TSB-Platz (nicht mehr Erdkugel). TO: Bericht über die Wahlarbeit.

Roter Frontkämpferbund

Donnerstag den 24. Mai

Abteilung 1. 19,30 Uhr Generalappell der Berlinfahrer. Alles zur Stelle!
Abteilung 2. 19 Uhr Stellen aller Berlinfahrer Fischhofplatz. Teilnehmerkarten mitbringen zum Abstempeln.
Abteilung 3. 17,30 Uhr Generalappell der Abteilung. Stellen aller Kameraden, auch der Erwerbslosen. Alle Berlinfahrer bringen 8,80 Mark mit.
Abteilung 5. 19,30 Uhr Generalappell aller Berlinfahrer Markusplatz.
Abteilung 6. 19 Uhr alle RFB- und Jungfrontkameraden Stellen am Schützenzelt (Vogelwiese). Alle Berlinfahrer haben in voller Uniform zu erscheinen. Plaketten und Teilnehmerkarten werden dort ausgegeben. 50 Pf. und Mitgliedsbuch sind mitzubringen.
Abteilung 12. 19,30 Uhr Appell der Berlinfahrer Stadt Dresden.
Ortsgruppe Pirna. 17,30 Uhr Appell aller Berlinfahrer am Volkshaus.
Ortsgruppe Gittersee. 19 Uhr Leitungssitzung im Rehbock. 20 Uhr Mitgliederversammlung im Rehbock, dazu alle Berlinfahrer, Mitgliedsbücher mitbringen.

Freitag den 25. Mai

Abteilung 3. Berlinfahrer. 1. Zug stellt 20,15 Uhr Alaunplatz, 2. Zug stellt 20 Uhr Altenberger Platz, Kapelle 20 Uhr Altenberger Platz.
Abteilung 8. Berlinfahrer Stellen 20 Uhr Dittersplatz.
Abteilung 9. Berlinfahrer Stellen 20 Uhr Altenberger Platz.

Rote Jungfront

Mittwoch den 23. Mai

Abteilung 2. 19,30 Uhr Abteilungsabend bei Schirmer, Fischhofplatz. Kamerad Schindler spricht über: „Die Erfolge der Kommunisten am 20. Mai und unsere nächsten Aufgaben". Alle Berlinfahrer müssen erscheinen. Mitgliedsbücher sind mitzubringen.

Donnerstag den 24. Mai

Abteilung 1. 19,30 Uhr Mitgliederversammlung im Bürgergarten.
Abteilung 2. 19 Uhr für Berlinfahrer Antreten zum Generalappell. Die Kameraden haben in vollständiger Ausrüstung zu erscheinen. Dies gilt ebenfalls für Sonnabendfahrer. Alles stellt Fischhofplatz.

Roter Frauen- und Mädchenbund

Donnerstag den 24. Mai

Abt. 5. 20 Uhr Gruppenabend. Genossin Sperschuh gibt einen Bericht von ihrer Rußlandreise.
Johannstadt. 20 Uhr in Bernets Restaurant, Bönischplatz, Ecke Elisenstraße: Versammlung. Referent anwesend. Sympathisierende willkommen.
Pirna. 20 Uhr im Volkshaus: Mitgliederversammlung.

Freitag den 25. Mai

Cotta. Alle Sonderzugfahrer haben um 22 Uhr auf dem Freiberger Platz pünktlich anzutreten. — Nachzügler, die Sonnabend fahren, haben sich zu melden Berlin-Lichterfelde, Hauptquartier, Restaurant Kaiser, [illegible]. Mitgliedsbücher sind bis Mai zu kleben und mitzubringen. Für Nichtmitglieder gilt Einwohnerschein.

Gemeinschaft proletarischer Freidenker

Donnerstag den 24. Mai

Naußlitz. 20 Uhr im Restaurant Kopan, Altnaußlitz: Versammlung mit Vortrag des Genossen Jentsch über Hypnose und Suggestion.

Proletarische Rundfunkhörer!
Organisiert euch im Arbeiter-Radio-Bund.
Auskunft und Anmeldungen im Heim, Große Meißner Straße 9. I.

Rundfunk

Donnerstag den 24. Mai

16,30—17,55 Uhr: Konzert. 17,15 Uhr: (Zwischen dem Konzert) Funkwerbenachrichten. 18,05—18,20 Uhr: Rechtsfunk. 18,20—18,30 Uhr: Sozialversicherungsrundfunk (Invaliden-, Kranken-, Angestellten-, Arbeitslosen- und Unfallversicherung). 18,30—18,55 Uhr: Deutsche Welle, Berlin. H. v. Eyseren und C. W. Allers: Spanisch für Fortgeschrittene. 19—19,25 Uhr: Dipl.-Volkswirt Willi Eickmann, Jena: „Sozialversicherung im Bergbau." 19,25 Uhr: Wettervoraussage und Zeitangabe. 19,30 Uhr: Uebertragung aus dem Deutschen Nationaltheater in Weimar: Der Barbier von Sevilla. Komische Oper in drei Bildern. 22,15 Uhr: Funkpranger. 22,20 Uhr: Pressebericht und Sportfunk. 22,30 Uhr: Funkstille.

Freidenker-Sachsentreffen

KPD.-Freidenker

Montag den 27. Mai 1928 (2. Pfingstfeiertag) findet in Dresden pünktlich 9 Uhr eine wichtige

Konferenz

statt. Lokal: Restaurant Sennefelder, Kaulbachstraße 16. Die bevorstehenden Tagungen im VfFK (Bezirkskonferenz und Verbands-Generalversammlung) erfordern zwingend, daß alle Genossen, die zum Freidenker-Sachsentreffen nach Dresden kommen, an der Tagung am 2. Pfingsttag teilnehmen.

Pünktliches Beginnen

ist erforderlich, damit die Arbeiten der Konferenz um 12 Uhr beendet sind.

Landesfraktion der KPD.-Freidenker.

RFB BEKLEIDUNG
in vorzüglicher Qualität und gutem Sitz, Dresdner u. Berliner Form, zu kleinsten Preisen in den Ausgabestellen der Kameraden
Heim, Webergasse 3
Barthel, Zinnwalder Straße 16
Versand: A. Willig, Dresden, Joh.-Georgen-Allee 2[illegible]
BEKLEIDUNG-VERTRIEB DRESDEN

Dieses Zeichen bürgt für Qualität!

Sie quälen sich die ganze Woche, Sie sparen den ganzen Monat, damit Sie sich gut kleiden können!
Dieses schwer ersparte Geld müssen Sie auch nutzbringend und vorsichtig anlegen
Vertrauen gegen Vertrauen
Bevor Sie anderswo hinsehen, besuchen Sie uns! Sie bekommen bei uns die größte Auswahl, nur beste Qualitäten zu konkurrenzlos billigen Preisen
Straßen- und Sport-Anzüge ..... von 35^{00} an
Sommermäntel ..... von 34^{50} an
Lüster- und Wasch-Jacken ..... von 7^{75} an
Sporthosen ..... von 5^{75} an
Knaben- und Burschen-Bekleidung!
Steter Eingang von Neuheiten zu äußerst billigen Preisen
W. Hamburger & Co.
Wilsdruffer Str. 34
Führendes Haus für Herren- und Knaben-Bekleidung
Maßschneiderei — Herrenartikel

Kinderwagen
Klappwagen
Stubenwagen
Puppenwagen
Kinderstühle
Kindertische
Selbstfahrer
Kinderbetten
Reformbetten
Matratzen
Triumphstühle
[illegible]
[illegible]CHEL
Dresden-Löbtau
[illegible]

Zigarren
Zigaretten
Rauchwaren
erster Firmen
Haußwald
[illegible]

Abonniert die Arbeiter-Stimme

Fraktionsarbeit der SPD im Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter Dresden

(Arbeiterkorrespondenz.)

Dienstag den 15. Mai fand im Keglerheim eine Funktionärversammlung des Gemeinde- und Staatsarbeiterverbandes statt. Der Filialvorsitzende Förster gab bekannt, daß 7 Delegierte für den Verbandstag in Frage kämen, daher sei es erwünscht, wenn nur 14 Delegierte vorgeschlagen würden. **Während seinen Ausführungen wurde bereits an den Tischen ein mit Schreibmaschine geschriebener Zettel der SPD-Fraktion herumgegeben,** der zwölf Kandidaten enthielt. Damit sollte die Abwürgung der Opposition vor sich gehen. Nach den Ausführungen Försters wurde sofort von der SPD-Fraktion der bestellte Antrag eingebracht, nur 14 Delegierte zur Verbandstagswahl zuzulassen. Der Zweck dieser Methode war, der Opposition überhaupt keine Gelegenheit zu geben, ihrerseits die volle Zahl von Kandidaten aufstellen zu können und ihr von vornherein nur 2 Vorschläge zu gestatten. Dieser Abwürgungsantrag wurde gegen die Stimmen der Opposition angenommen. Von der Opposition wurden in Vorschlag gebracht: Gruner, Weidner, Wagner, Lade, Dürsel, Bockmann und Löschke. **Nach Meinung der SPD-Funktionäre dürfen sich nur die Kollegen Gruner und Weidner bei den Mitgliedern zur Urwahl stellen.** Die Kollegen Gemeinde- und Staatsarbeiter haben am 16., 17. und 18. Juni Gelegenheit, diese einzigartige Vorschlagswahl der SPD zunichte zu machen, indem auf den vom Verbandsvorstand herausgegebenen Stimmzetteln alle reformistischen Vorschläge gestrichen und dafür alle Namen der von der Opposition aufgestellten Kandidaten darauffgeschrieben werden.

Der Verbandstag wird für die Kollegen Gemeinde- und Staatsarbeiter wichtige Beschlüsse zu fassen haben. Es geht um die Frage: Soll die Führung der Gewerkschaft im Sinne des Reformismus weiter zum Nachteil der Arbeiterklasse wirken können, oder soll Schluß gemacht werden mit dem Schlichtungsschwindel und mit der Schreibweise der Verbandszeitung. Die vorgeschlagenen Kandidaten der SPD-Fraktion (Rauthe, Kirchhoff und Gen.) haben bisher bewiesen, daß sie Wegbereiter des Reformismus sind; sie werden auch in Zukunft die Politik des Verbandsvorstandes decken. Der Verbandstag, beschickt mit Delegierten der Opposition, muß Schluß machen mit der bisher betriebenen Politik, muß abrechnen mit dem Verbandsvorstand.

Nachdem sich die Demokratie in der Versammlung im Sinne der SPD ausgewirkt hatte, ging man zum nächsten Punkt der Tagesordnung, Verschiedenes, über. Der Kollege Gruner konnte hierbei Ausführungen über die Arbeit der Landesversammlung in Zwickau machen, die dort für den Verbandstag geleistet wurde. Er konnte auch die Stellungnahme der SPD-Delegierten bereits kennzeichnen. Der Verbandsvorstand fordert: Beitragserhöhung, Anstellung eines 3. Verbandsvorsitzenden und eines 3. Sekretärs für den Verbandsvorstand, eine sehr umfangreiche Statutenänderung, durch die dem Verbandsvorstand weitere Rechte eingeräumt werden sollen. **Die Delegierten haben die geforderte Beitragserhöhung abgelehnt,** die Anstellungen gegen eine starke Minderheit angenommen. Die Statutenvorlage wurde unter Führung der Opposition gehörig zerpflückt. Gründliche Arbeit wird erst der Verbandstag zu leisten haben. Der Kollege Gruner berichtete weiter, daß die Landesversammlung in Zwickau gegen eine Minderheit den Gauleiter Preißler als Delegierten zum Gewerkschaftskongreß gewählt habe, ohne daß dieser Punkt auf der Tagesordnung gestanden habe, obwohl laut Statut Urwahl vorgeschrieben ist. Er forderte die Funktionäre auf, die Wahl des Delegierten zum Gewerkschaftskongreß durch Urwahl vornehmen zu lassen. Ein hierzu vom Kollegen Lade eingebrachter Antrag wurde **abgelehnt.**

Kollegen Gemeinde- und Staatsarbeiter! Stärkt die Reihen der Gewerkschaftsmitglieder, streift ab die Gleichgültigkeit, kämpft mit der Opposition im Sinne des revolutionären Klassenkampfes!

Die Politik mit doppeltem Boden

Aus dem Aufruf des Vorstandes des ADGB zum 1. Mai 1928:

„Die Sozialpolitik, für die wir am 1. Mai auch stets unsere Stimme erheben, hat gleichfalls von Jahr zu Jahr Boden gewonnen." . . .

Also: Fortschritt!?

Aus dem Aufruf des ADGB, Bezirksausschuß Sachsen, zur Reichstagswahl:

„Schonung des Besitzes und weitgehende Abänderung aller Lasten auf die Schultern der breiten Masse war das Leitmotiv seiner (des Reichstages — d. Red.) sozial-, wirtschafts- und steuerpolitischen Gesetzgebung.

Also: Rückschritt!?

Werden dafür Gewerkschaftsgelder verwendet?

Ein Pirnaer Gewerkschaftsangestellter verklagt erfolglos die „Arbeiterstimme"

Als beim Aufbau des Unwettergebietes im Gottleuba- und Müglitztal die Arbeiterstimme überall dort mit der Kritik ansetzte, wo Arbeiterinteressen gefährdet oder mit Füßen getreten wurden, mußte ebenfalls die Leitung der Gewerkschaften im Bezirk scharf unter die Lupe genommen werden. Dabei kam der Pirnaer Gewerkschaftsangestellte Herr sehr schlecht weg, konnte ihm doch nachgewiesen werden, daß seine Art der Vertretung der Arbeiterinteressen, insbesondere im Falle des kommunistischen Vertrauensmannes Rohstock, faktisch auf eine Vertretung von Unternehmerinteressen hinauslief. Im gewerkschaftlichen und politischen Teil waren über diesen Fall einigende anklagende Artikel erschienen, durch die sich Herr beleidigt fühlte. Statt als Beamter einer Arbeiterorganisation diese Angelegenheit durch die Organisation politisch regeln zu lassen und die Vertrauensfrage vor den Mitgliedern zu stellen,

lief Herr zum — bürgerlichen Gericht!

Er hatte Grund, seine Ehrbegriffe beim Kadi besser aufgehoben zu glauben, als bei den Mitgliedern des Baugewerksbundes. Um aber seine vollkommen verbürgerlichte Einstellung zu demonstrieren, holte er sich als seinen Rechtsvertreter den großkapitalistischen schwarzweißroten Justizrat Dr. Flachs, und verklagte den Genossen Goldhammer als angeblichen Verfasser und verantwortlichen Redakteur. Da die betreffenden Artikel jedoch in einem ihm nicht unterstehenden Teil der Zeitung erschienen waren, wir anderseits keine Ursache hatten, den Prozeß zu fürchten, teilte Genosse Goldhammer vor 5 Monaten bereits dem Gewerkschaftsbeamten mit, daß er für diese Artikel nicht zuständig sei, um ihm damit Gelegenheit zu geben, Zeit und Arbeitergeld zu ersparen. Herrn Herr und seinem Justizrat erschien es aber bequemer, den Genossen Goldhammer dennoch als „Verantwortlichen" zu betrachten, und so mußte Genosse G., einen Tag vor der Reichstagswahl, mit seinem Rechtsanwalt, Gen. Dr. Helm, extra nach Pirna fahren, um vor Gericht die Sinnlosigkeit der Klage nachzuweisen. Und dies gelang ihm vollkommen. Eingangs wies er nach, daß noch nie ein Redakteur der Arbeiterstimme sich vor der Verantwortung für die von ihm begangenen „Verbrechen" gedrückt habe,

daß er ebenfalls den Inhalt der erschienenen Artikel gegen Herr vollkommen decke,

und sie, falls sie ihm zum Abdruck übergeben worden waren, er sie auch bestimmt veröffentlicht hätte. Es handelte sich hier aber prinzipiell um die Frage, ob man aus Bequemlichkeitsgründen oder aus Haß von allen verantwortlichen Redakteuren gerade den herausgreifen könne, der gerade paßt. Und hier wehre sich der kommunistische Redakteur besonders, weil es sich um den Racheakt eines politischen Gegners handele, der rechtzeitig vorher auf seinen Irrtum aufmerksam gemacht worden sei, aber bewußt jede Mahnung überhört habe in der Erwartung, daß die Klassenjustiz unter allen Umständen und in jedem Falle, gegen den Kommunisten entscheiden werde. Wie berechtigt die Kritik an Herrn Herr war, zeigt die beschämende Tatsache, daß der Arbeiterbeamte den Redakteur einer Arbeiterzeitung vor ein bürgerliches Gericht zitiert, um ihm mit Hilfe eines bürgerlichen Rechtsanwaltes wider besseres Wissen einer nur nach bürgerlichen Begriffen strafbaren Handlung zu bezichtigen. Rechtsanwalt Gen. Dr. Helm legte eingehend die juristische Unmöglichkeit der Klage dar und wies so treffend die Argumente des durch Herr zum Gewerkschaftsanwalt avancierten Justizrates Dr. Flachs zurück, daß der Amtsrichter

den Genossen Goldhammer freisprach.

Herr Herr, der die gesamten Kosten zu tragen hat, hat sich bei diesem Vorgehen in charakteristischem Lichte gezeigt. Es ist jedoch noch die Frage aufzuwerfen, wer diese sinnlos vergeudeten Gelder aufzubringen hat. Sollte Herr Herr etwa dazu Verbandsgelder verwenden wollen, so werden wohl die Mitglieder noch ein Wort mitzureden haben.

Bestrafte Wanderfahrer und Unternehmerwillkürherrschaft

Der Verband der Schuhmacher schreibt uns:

Das Bestreben, der heranwachsenden, in den Produktionswerkstätten und dem Handel beschäftigten Jugend die Möglichkeit zu geben, durch die Teilnahme an Wanderfahrten ihre Freizeit auszunutzen, wird heute schon von vielen Seiten gefördert. In etlichen Arbeitsstätten wird, um den Wünschen der Jugendlichen entgegenzukommen, diesen an den Arbeitstagen vor und nach den Festtagen bereitwilligst für ganze oder halbe Tage Urlaub gewährt. Daß es auch Unternehmungen gibt, die einen anderen Maßstab und Gesichtspunkt bei Beurteilung dieser Sache anwenden, bewies eine Verhandlung vor dem Arbeitsgericht in Dresden.

Zwei 17jährige Arbeiterinnen wollten an einer von ihrer Jugendorganisation veranstalteten Wanderfahrt, zu der auch der Ostersonnabend mitbenutzt werden sollte, teilnehmen. Da der von ihnen nachgesuchte Urlaub zunächst weder ab- noch zugesagt wurde, meldeten sie sich als Teilnehmer an und leisteten die übliche Vorausbezahlung der Fahrtkosten. **Der Urlaub wurde aber für die 5½ Stunden Arbeitszeit vom Unternehmer, dem „Sächsischen Bekleidungswerk", verweigert.** Da die Vorbereitungen für die Teilnahme an der Wanderfahrt bereits getroffen waren, blieben beide Arbeiterinnen am Ostersonnabend der Arbeit fern und teilten dies vorher der Firma mit. **Darauf erfolgte schriftlich die sofortige Entlassung.** Da eine beharrliche Arbeitsverweigerung nicht vorlag, außerdem das Arbeitsgericht die allgemeinen Bestrebungen für die arbeitende Jugend und das jugendliche Alter der Arbeiterinnen zugunsten der Klage in Rechnung stellte, **wurde die Firma verurteilt, den Arbeiterinnen für die Kündigungsfrist den Lohn zu zahlen.** Bei den Verhandlungen wurde die Abkömmlichkeit der Arbeiterinnen behandelt und in dieser Beziehung festgestellt, daß die Betriebsleitung, wenn sie den guten Willen gehabt hätte, den Urlaub genehmigen konnte; denn ein Nachteil für den Betrieb war durch das Fehlen der Arbeiterinnen nicht entstanden. Das Verhalten der Betriebsleitung zeugt dafür, daß die Befriedigung ihres Machtkitzels bei der Entscheidung über den Urlaub maßgebend war; denn der sonst unpassende Ausspruch des Herrn Prokuristen Hübner: „Wir lassen uns nicht von den jungen Mädchen auf der Nase rumtanzen!" läßt eine andere Einschätzung nicht zu.

Auch geben leider viele andere Fälle den Beweis dafür, daß die technische und kaufmännische Betriebsleitung in bezug Behandlung der Belegschaft ein Schrittmacher der Reaktion ist. **Der Anteil der Angehörigen der Vorgesetzten in der Belegschaft wird immer größer, die Begünstigung dieser und deren Freunde offensichtlicher.** Ob bei diesen Verhältnissen die Interessen der Verbraucher der in diesem Betrieb produzierten Waren genügend gewahrt werden, wollen wir heute noch nicht öffentlich besprechen, glauben aber, daß verschiedene Herren, wenn auf diesem Gebiet der Maßstab bei ihnen angelegt würde wie bei den beiden Arbeiterinnen, sie das Sächsische Bekleidungswerk ebenfalls von außen ansehen müßten.

Metallarbeiter!

Rüstet zur Urwahl zum Verbandstag!

Rechnet mit den Niederlagenstrategen gründlich ab!

Achtung! Vertrauensleute!

Donnerstag den 24. Mai 1928 18,30 Uhr im Volkshaus, Nitzenbergstraße:

Vertrauensmänner-Versammlung

TO: **Der Abschluß des Kampfes in der sächsischen Metallindustrie.**

Donnerstag, 17,30 Uhr, im Brandenburger Hof: wichtige Vorbesprechung der **Fraktion der Opposition.** Erscheinen aller kommunistischen Vertrauensleute **absolut notwendig.**

Wahlerfolge der Opposition im Fabrikarbeiterverband

Bei den Delegiertenwahlen im Fabrikarbeiterverband ergaben sich folgende Erfolge der Opposition:

In Wittenberg wurden insgesamt abgegeben 531 Stimmen, davon für die Koll. Bassüner (KPD) 349, Otto (parteilos) 162 und ungültig 20 Stimmen.

Zum Gewerkschaftskongreß erhielten in derselben Zahlstelle: Koll. Behrend, Magdeburg (KPD) 406 Stimmen, Michaelis, Eilenburg (KPD) 247, Tolski (SPD) 180, Schmitt (SPD) 59 Stimmen und 52 Stimmen waren ungültig.

In Merseburg wurden insgesamt abgegeben 210 Stimmen, davon für die Koll. Reich (KPD) 128, Hilbert (SPD) 77 und ungültig 5 Stimmen.

Diese Erfolge beweisen, daß die Opposition im Fabrikarbeiterverband marschiert.

Die freie Vereinigung der Isolierer und Steinholzleger Dresden sammelten 20 Mark für den KPD-Wahlfonds.

Verantwortliche Redakteure: für Innen- und Außenpolitik: Rudolf Renner; für Lokales, Gewerkschaftliches, Sport und Feuilleton: Richard Spengler; für den Inseratenteil: Arthur Burkert; sämtlich in Dresden. Verlag: Dresdner Verlagsgesellschaft — Druck: „Peuvag" Druckereifiliale Dresden

Erlebnisse und Wissenswertes aus Sowjetrußland

Von Martha Lewinsohn, Dresden

(Schluß.)

Kommen der Angeklagte und die Zeugen vor Gericht, so wird ihnen kein Schwur zum Wiederholen vorgesagt, sondern er wird wie folgt befragt: „Können Sie das, was Sie hier aussagen, mit ihrem proletarischen Gewissen verantworten?" und ob der Angeklagte die Tat mit vollem Bewußtsein und voller Ueberzeugung getan hat, und ob der Angeklagte den Sowjetstaat bewußt oder unbewußt betrogen oder bestohlen hat. Je nach der Beantwortung dieser Fragen fällt dann die Bestrafung aus. Es gibt Kriegs- und Volkstribunale. Vor dem Volkstribunal kommen alle „gemeinen und Schwerverbrecher", vor das Kriegstribunal kommen die Konterrevolutionäre.

Die Strafen betragen allgemein 6 Monate bis 10 Jahre Gefängnis oder Arbeitskolonien und Verbannung. Todesstrafen gibt es nur für Konterrevolutionäre. Gefangene, die sich gut führen, bekommen, wenn sie ein Drittel der Strafe verbüßt haben, Heimaturlaub. Wird von dem örtlichen Sowjetrat ein Gesuch auf Haftentlassung gestellt, so wird dies je nach Lage geprüft und bewilligt. Besuche können die Gefangenen einmal in der Woche empfangen.

Charakteristisch für die Sowjetjustiz gegenüber der bürgerlichen Klassenjustiz ist die Stellung der Richter. Der Sowjetstaat legt größten Wert darauf, daß der Richter durch seine wirtschaftliche Lage stets das Verständnis für die Lage der Angeklagten behält. Dies findet seinen Ausdruck in der Besoldung. Die Richter bekommen nur denselben Lohn wie ein Durchschnitts-Spezialarbeiter. Desgleichen kennzeichnet sich der Sowjetrichter, daß er es ablehnt, sich den Schein eines Gerichtsgewaltigen durch Anlegung eines Talars zu verschaffen. Er will schon durch sein Aeußeres zum Ausdruck bringen, daß er in der Tat im Gegensatz zum bürgerlichen Richter, im Namen des Volkes entscheidet. Der Wahlspruch des Sowjetrichters ist: Nicht die Kleidung macht es, sondern die Anwesenheit eines vom Volke beauftragten Richters!

Rote Armee

Als Abschluß unserer Besichtigungsreise in Smolensk besuchten wir noch die Kaserne der Roten Armee und ihr Klubhaus. Im allgemeinen ist über die Rote Armee folgendes zu sagen:

Die Soldaten grüßen einander nur als Genosse, nicht als Gemeiner zum Vorgesetzten. Waffen tragen die Rotarmisten nur im Dienst. Das gleiche gilt auch für die Miliz, das heißt, für den Polizeidienst. Diese laufen dort auf den Straßen nicht etwa wie bei uns mit dreifacher Ausrüstung wie Seitengewehr, Pistole und Gummiknüppel herum, sondern sind nur kenntlich durch ihre Uniform. Sie sind wirklich im wahren Sinne des Wortes Beschützer des Publikums. Folgendes Beispiel: Wenn bei uns an Verkehrsplätzen alte oder kranke Leute oder Kinder die Straße überqueren wollen, so sind sie sich selbst oder den Mitmenschen überlassen, während dort der Miliz diese benannten Personen sicher über die Straße führt und der Verkehr währenddessen ruht. Die allgemeine Dienstpflicht beträgt in Sowjetrußland 2 Jahre, und zwar vom 20. bis 22. Lebensjahr. Wer jedoch besonderes Interesse für den Militarismus hat oder wer aus irgendeinem persönlichen Interesse sich vorher stellen will, kann es. So fanden wir hauptsächlich junge Bauernsöhne, die schon vorher zum Militär gingen, weil sie dort die landwirtschaftlichen Schulen besuchen wollten um schnellstens wieder in die Heimat zu kommen, damit sie das Land richtig bearbeiten und behandeln lernen. Denn in Sowjetrußland werden die jungen Menschen nicht als Kanonenfutter behandelt, sondern sie haben auch während der zwei Jahre Dienstzeit die Möglichkeit der Erlernung eines Berufes und Weiterausbildung. Die jungen Soldaten werden je nach Beruf und Fähigkeit einem bestimmten Arbeitszirkel zugeteilt, z. B. der Landwirtschaft, der Maschinenabteilung usw.

Die Kaserne sowie das Klubhaus waren so eingerichtet wie die Klubs der einzelnen Verbände. Wir fanden ein Leninzimmer, große Festsäle, Bibliotheken, Arbeitszimmer, Schulräume, Turnhallen. Außer all diesem fanden wir Laboratorien für militärische Ausbildungen. Alle Räume insbesondere die Schlafsäle waren sehr sauber. Die Betten werden aller 10 Tage frisch überzogen. Die Soldaten machten alle einen sehr gesunden und zufriedenen Eindruck. Die Entlohnung beträgt täglich 1,5 Rubel, das sind monatlich 45 Rubel, ungefähr 95 Mark. **Die Berufsmilitärs werden nach Spezialarbeitertarifen bezahlt.**

Moskau

Als Abschluß unserer Rußlandfahrt machten wir auf zwei Tage noch einen Abstecher nach Moskau. Moskau macht den Eindruck einer europäischen Großstadt. Infolge der kurzen Zeit haben wir uns hier leider sehr wenig umsehen können. Das hauptsächlichste waren die Gebäude, in denen die Provintern und die Komintern ihren Sitz haben sowie der Rote Platz, der vor dem mächtigen Kreml liegt. Vor dem Kreml steht das Mausoleum, in dem Lenin zur letzten Ruhe gebettet liegt. An der Kremlmauer sind die Gräber der verschiedenen toten Führer und Kommunisten. Der Kreml selber macht, umgeben von einer sehr starken Mauer und einem Wall, den Eindruck einer mächtigen Festung, einer selbständigen Stadt inmitten der Stadt Moskau. Hier in diesem Kreml, wo früher der russische Zar mit seiner Familie bewacht und bedient von Hunderten von Soldaten, herrschte, hier wohnt jetzt unsere greise Führerin Clara Zetkin. Auf unser Bitten hin, war es uns möglich, unserer Clara einen Besuch abzustatten, und ich werde nie den Eindruck, den ich dort gewonnen habe, verlieren. Obwohl Clara Zetkin eine Greisin von 71 Jahren ist, machte sie den Eindruck eines jungen, geistig sehr lebhaften Menschen. Sie erzählte uns während zwei Stunden aus ihrem Leben, ihrer Tätigkeit aus der Parteiarbeit und konnte sich dabei noch genau einzelner Vergangenheiten und Personen erinnern, als wenn dies erst vor kurzem geschehen sei, obwohl vieles schon 30 und mehr Jahre hinter ihr liegt.

Heimfahrt

Zum Abschied aus Moskau gab uns Clara Zetkin die Mahnung mit auf den Weg: Genossinnen, berichtet über das Gesehene ausführlich den deutschen Arbeiterinnen. Hoffentlich ist bald der Tag, wo wir deutschen und russischen Frauen uns als freie Arbeitsschwestern über die Grenzen die Hände reichen können, um gemeinsam weiter zu kämpfen für die Weltrevolution.

Unsere Heimreise traten wir an, mit dem festen Bewußtsein, daß Sowjetrußland unerschüttert gegenüber allen Feinden steht. Die kommunistische Idee ist fest in die Gehirne aller Proletarier und sehr großer Teile der Bauernschaft eingedrungen. Der kommunistische Aufbau ist tief verwurzelt. Die Rote Armee eine beispiellose Macht, hält Wache für die Unterdrückten der ganzen Erde.

Ihre Pfingst-Freude

wird erst dann vollkommen, wenn Sie sich von Ihren Bekannten u. Freunden im neuen

Schmitz-Anzug

bewundern lassen können. Trotz der niedrigen Preise machen wir Ihnen die Anschaffung noch besonders leicht durch unsere

bequeme Zahlungsweise

¼ Anzahlung, den Rest in 10 Wochenraten!

Herren-Anzüge, modern und tragfähig.....72.-, 65.-, 55.-, **49.-**

Kammgarn-Anzüge aparte Muster.....115.-, 98.-, 86.-, **78.-**

Uebergangs-Mäntel eleg., imprägniert..98.-, 85.-, 72.-, **65.-**

Kleidung für junge Herren

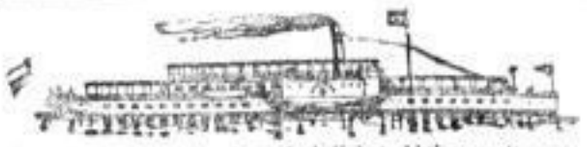
entsprechend billiger

Schmitz & Co.

Dresden

Waisenhausstraße / Ecke Viktoriastraße

(im früheren Dürer-Haus)



Sächsisch-Böhmische Dampfschiffahrt Aktiengesellschaft
Dresden-N. 6. Georgenstraße 4

Beginn des Sommerfahrplans 6. Mai 1928

Konzertfahrt mit Dampfer „Dresden"

ab 3. Juni Touristenfahrten

direkt nach der Sächsischen Schweiz, jeden Sonntag 5.10 Uhr an Dresden-Terassenufer zu Ausnahmepreisen

Wochenkarten Erwachs. 11.– M., Kinder 5.50 M.

Werktagskarten Erwachs. 9.– M., Kinder 4.50 M.

gültig für die ganze Strecke Laubegast–Dresden–Mühlberg

Hin- und Rückfahrscheine — Hoffahrscheine

nach allen Stationen mit Gültigkeit bis zum Betriebsschluß dieses Jahres

Ermäßigungen für Schulen und Vereine

Vorteilhafte Bewirtung — Expreßbeförderung von Gütern

... ein neuer

Pfingst-Hut

dann **nur** ein

Strahuba!!

in unseren unerreichten Preislagen:

RM. 6.–, 6.50, 7.–, 7.50, 8.– bis 9.50

Strassburger Hut-Bazar

Wettinerstraße, Ecke Große Zwingerstraße

Deutscher Metallarbeiter-Verband

Verwaltungsstelle Dresden

Donnerstag den 24. Mai 19.30 Uhr im Volkshaus, Rizzenbergstraße 2, großer Saal,

Funktionärversammlung

Tagesordnung: Bericht über die letzte Bewegung und Mitteilungen.

Als Ausweis dient Mitgliedsbuch, Funktionärkarte und Ausweis

Die Ortsverwaltung.

Total-Ausverkauf

Erstklassige Ware zu außerordentlich niedrigen Preisen

Pullover	Oberhemden	Schals	Schlüpfer
Strickjacken	Sporthemden	Gürtel	Gamaschen
Sportwesten	Einsatzhemden	Spielanzüge	Babyartikel
Lumberjacks	Strümpfe	Badetücher	Kappen
Blusenschoner	Socken	Badeanzüge	Turnanzüge
Wollkleidchen	Handschuhe	Bademäntel	Besätze
Normalwäsche	Kragen	Seidenwäsche	Spitzen
Makowäsche	Krawatten	Batistwäsche	Seidenbänder
Sportstrümpfe	Hosenträger	Hauskleider	Tapisserie

Auch meine Korsett-Abteilung bietet ganz gewaltige Vorteile in:

Hüftformern / Büstenhaltern / Korsetten

Leibbinden / Leibchen

Erdmann Anders Elsdrucker Straße 22

Wer eine Versicherung abschließen will, wende sich an

W. Thalheim.

Pirna, Lauterbachstraße 4

Hinaus in die Ferne

mit Butter, Brot und Wurst — Du darfst nicht fehlen! Das nutzbringende Taschenmesser oder der Taschenbesteck! Diese bietet preiswert, in reicher Auswahl, das Stahlwarengeschäft

Georg Klaus, Pirna, Schuhmachergasse, Nähe Markt

Feiertags-Kaffee — Feine Gemüse- u. Fruchtkonserven sowie alle Backartikel empf.

Wilhelm Weigert, Pirna

Treffpunkt

in Dresden-A.

Rosa Hoffmann, Inh. Max Hoffmann

Rosenberger Str. 13, I. Etage, vom Karlsplatz / Telefon 10 15, 17 / 2 Vereinszimmer 2 Tische / Telefon 53-67

Wenn's darum geht!

Oswald Matthis!

Hauptlager:

Kaulbachstraße 31, I. Etg.

Ecke Pillnitzer Straße

Möbel

aller Art

Große Auswahl! Billige Preise! Günstige Zahlungsbedingungen!

Fahrräder

kauft man am besten

im Fachgeschäft bei

MAX SCHÄFER

Mechanikermeister,

Pirna, Dresdner Straße 7

Sämtl. Reparaturen und Ersatzteile

Wilhelm Hamisch

Textil- und Modewaren / Heidenau-Süd

Wareneinkaufsverein zu Bautzen e.G.m.b.H.

Backwarenbestellungen zu dem Pfingstfest

bitten wir bis spätestens

Mittwoch, den 23. Mai 1928

in den einzelnen Verteilungsstellen aufzugeben

Torten mit bestimmten Widmungen sowie **Bismarckeichen, Teegebäck, gefüllte Streuselkuchen, Mohn- und Quarkkuchen**

werden in bester Qualität ausgeführt

Ist das Lieblingsbier- und Speisehaus Immer im Bilderrahmen

Bilderrahmen

Dresden-Altstadt, Wettinerstraße 26

Tägl. Kunstlieferungen

Bildergroßhandel

Rahmenfabrik

bekannt, altbekannte

Biere

liefert frei Haus und Kantine

Erwin Roßig

Pirna

Alte Dresdner Straße

Empfehle Fleisch- und Wurstwaren

zu billigen Preisen.

Jeden Donnerstag

SCHLACHTFEST

O. Fechner, Meißen.

Amtliche Bekanntmachungen

Hundesteuer 1928

Die Hundesteuer für das Rechnungsjahr 1928 beträgt 24 RM für den ersten und 48 RM für jeden weiteren Hund.

Je die Hälfte der Steuer ist am 1. Juli und 31. Dezember 1928 an die hiesige Steuerkasse zu bezahlen.

Steuerpflichtig sind alle am 10. April 1928 vorhanden gewesenen Hunde über 2 Monate alt. Hunde, die nach dem 10. April von auswärts eingeführt oder über 2 Monate alt werden, sind binnen 14 Tagen nach Eintritt der Steuerpflicht zu versteuern.

Es wird eine scharfe Kontrolle stattfinden und jede Steuerhinterziehung mit dem vier- bis zehnfachen Betrage der hinterzogenen Steuer bestraft.

Ebenfalls strafbar machen sich Hundebesitzer, deren Hunde ohne die gültige Steuermarke am Halsband betroffen werden.

Brand-Erbisdorf, den 19. Mai 1928.

Der Stadtrat.